



# Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
24. Jahrgang | Nr. 1 / 2019

## EU ist kein „Abnickorgan“

Gedanken zur bevorstehenden Europawahl von Karsten Kolbe



Vom 23. bis 26. Mai 2019 werden die nächsten Europawahlen stattfinden. Die Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedstaaten sind dann dazu aufgerufen, ihre Vertreter ins Europäische Parlament zu wählen. Für mich persönlich ist die Europawahl nicht weniger wichtig als die gleichzeitig stattfindende Kommunalwahl. Immer wieder mache ich die Erfahrung, dass vielen Menschen nicht bewusst ist, welche wichtige Rolle die EU gerade für Mecklenburg-Vorpommern spielt. Das liegt nicht nur an ihnen selbst, sondern auch daran, wie Europa in der Öffentlichkeit kommuniziert wird. Auf der einen Seite schafft es die Landesregierung immer wieder, gute Projekte, die tatsächlich aus europäischen Mit-

teln finanziert wurden, als eigene Erfolge zu verkaufen. Andererseits stellt man Brüssel gern als Sündenbock hin, wenn den Menschen unbequeme Entscheidungen übergeholfen werden sollen, die in Wirklichkeit auf Landes- oder Bundesebene getroffen wurden. Ein gutes Beispiel dafür sind die Natura 2000 Schutzgebiete. Dieses an sich gut gedachte Netz von Schutzgebieten soll dem Erhalt gefährdeter wildlebender heimischer Pflanzen- und Tierarten und ihrer natürlichen Lebensräume dienen. Da es hierbei nur um den Erhalt des ökologischen Zustands geht und nicht um seine Verbesserung, sind Einschränkungen für die Bevölkerung von europäischer Seite aus grundsätzlich nicht vorgesehen. Dass es diese mancherorts dennoch gibt, liegt einzig an den Behörden vor Ort und nicht an den Vorgaben aus Brüssel.

Andererseits sind in den letzten Förderperioden insgesamt etwa zehn Milliarden Euro Fördergelder aus Brüssel nach Mecklenburg-Vorpommern geflossen. Diese sogenannte Kohäsionspolitik soll die Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen der EU und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete verringern. Im Rahmen der Kohäsion wird

*Fortsetzung auf Seite 3*

### Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

seit längerem fordern Seniorenorganisationen und -verbände angesichts steigender Pflegekosten eine grundlegende Kurskorrektur bei der Pflegeversicherung und Umkehr des Leistungsprinzips. Nun scheint Bewegung in diesen Prozess zu kommen. Der Hamburger Senat hat im Februar eine entsprechende Bundesratsinitiative für den Monat März beschlossen. So sollen künftig nicht wie bisher die Leistungen der Pflegeversicherung, sondern die Eigenanteile der Pflegebedürftigen gedeckelt werden. Der Antrag sieht die Senkung und letztlich das Einfrieren des Eigenanteils vor, den Menschen für die stationäre Pflege zahlen müssen. Damit wird dieses System für zu Pflegenden wieder überschaubar. Außerdem sollen die Kosten für die medizinische Behandlungspflege in den Pflegeheimen wie bei der ambulanten Pflege von den Krankenkassen getragen werden. Wir wünschen dieser Initiative, die längst überfällig ist, viel Erfolg.

Der für dieses Jahr geplante Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune in M-V“ muss aus Termin- und Kapazitätsgründen leider auf nächstes Jahr verschoben werden. Der Vorstand des Landesseniorenbeirats beabsichtigt daher, die 5. Landesseniorentage vorzuziehen. In ersten Überlegungen gehen wir davon aus, in allen Landkreisen um den „Internationalen Tag der älteren Menschen“ am 1. Oktober herum Veranstaltungen durchzuführen. Die Eröffnungsveranstaltung soll voraussichtlich am 30. September stattfinden. Erste Kontakte mit Kreissenorenbeiräten gab es dazu. Auf weitere Vorschläge und Ideen in den nächsten Tagen freuen wir uns.

*Bernd Rosenheinrich  
Vorsitzender des  
Landesseniorenbeirats M-V e. V.*

#### Aus dem Inhalt

Seite	12	<b>Appell an die Bürgermeister</b>
Seite	26	<b>Aus Landkreisen und Städten</b>
Seite	36	<b>Zeichen der Wertschätzung</b>



# GEFRAGTER ARBEITGEBER

Voll dabei auf der Jobmesse Schwerin: die Vitanas Senioren Centren in Schwerin

Ende Januar fand in Schwerin wieder die beliebte Jobmesse statt. Auch die beiden Vitanas Senioren Centren waren mit einem informativen Stand vertreten. In der Sport- & Kongresshalle präsentierten sich Unternehmen auf der Suche nach potenziellen Fachkräften aus der Region.

Am Stand von Vitanas konnten sich interessierte Besucher beispielsweise über die Ausbildung zum Altenpfleger, die Zugangsvoraussetzungen, Möglichkeiten für ausländische Fachkräfte, aber auch zu Jobmöglichkeiten in den Senioren Centren informieren. Direkte Bewerbungen für Praktika oder als Alltagsbegleiter wurden gerne entgegengenommen. Die Centrusleiterinnen der Vitanas Einrichtungen Im Casino und Am Schlossgarten Meike Leu und Nicole Solenski waren persönlich vor Ort und stellten sich den zahlreichen Fragen der Besucher.

Auch Jörg Eichler, Personalleiter der Vitanas Gruppe, stattete der Jobmesse einen Besuch ab und führte interessante Gespräche direkt vor Ort.

„Vitanas hat sich bereits seit vielen Jahren als attraktiver Arbeitgeber in Schwerin und Umgebung bewiesen. Unser Fachwissen und unsere Meinung zu aktuellen Themen in Pflege und Betreuung sind oft und gerne gefragt, darüber freuen wir uns natürlich. Bewerber sind bei uns immer herzlich willkommen“, so die beiden Centrusleiterinnen einstimmig.



**Ihre Ansprechpartnerin:**

Nicole Solenski, Centrusleiterin

**Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten**

Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin

☎ (0385) 51 19 - 0 | [www.vitanas.de/amschlossgarten](http://www.vitanas.de/amschlossgarten)



**Ihre Ansprechpartnerin:**

Meike Leu, Centrusleiterin

**Vitanas Senioren Centrum Im Casino**

Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin

☎ (0385) 575 66 - 0 | [www.vitanas.de/imcasino](http://www.vitanas.de/imcasino)

*Fortsetzung von Seite 1*

von den Mitgliedstaaten eingezahltes Geld an die entwicklungschwachen Regionen verteilt. Derzeit wird kaum eine Straßenlaterne oder ein Radweg bei uns im Land ohne Mittel aus europäischen Töpfen gebaut. Vielfach stellen diese Mittel das Rückgrat sozialer Projekte dar. Aktuell gehen von diesen Mitteln etwa 16 Millionen Euro in die Produktionsschulen, 25 Millionen Euro in Integrationsprojekte, 30 Millionen Euro in Jugendsozialarbeit, 36 Millionen Euro in die Schulsozialarbeit, 40 Millionen Euro in die Inklusionsförderung und fast 17 Millionen Euro in Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz. Und das sind nur einige Projekte, die aus dem aktuell etwa 330 Millionen Euro Fördermittel jährlich finanziert werden. Unser Sozialstaat, wäre weit weniger sozial, wenn es diese Mittel nicht gäbe.

An dieser Stelle wird dann auch deutlich, warum es so wichtig ist, die EU in die richtigen Bahnen zu lenken. Derzeit plant die Europäische Kommission für die kommende Förderperiode 2021 bis 2027 die Kohäsionsmittel um insgesamt acht Prozent - für Deutschland sogar um 21 Prozent - zu kürzen. Sollte das geschehen, wäre es mit dem bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung in Mecklenburg-Vorpommern wohl zu Ende. Es muss deshalb

alles daran gesetzt werden, die Kohäsionspolitik auch in der nächsten Förderperiode auf dem jetzigen Niveau fortzuführen.

Dass die sogenannten Nettozahler, wozu auch Deutschland zählt, dabei mehr Geld einzahlen, als sie am Ende wieder herausbekommen, spielt letztlich keine Rolle. Zum einen wirken sich gute Lebensverhältnisse in ganz Europa positiv auf alle Mitgliedstaaten aus und zum anderen führen die gezahlten Fördergelder zu einer höheren Freisetzung nationaler Mittel. Bund und Länder würden weit weniger eigene Fördermittel geben, wenn die zu förmernden Projekte nicht massiv aus europäischen Mitteln unterstützt würden. Das ist ganz einfach eine Tatsache.

Das ist auch der Grund, warum sich ein Austritt aus der EU eher nachteilig auswirken würde. Vielen Menschen ist sicherlich das Hickhack um den Brexit, den Austritt Großbritanniens aus der EU, nicht entgangen. Ende März wird das Vereinigte Königreich die EU verlassen, und noch immer konnten die Briten sich nicht dazu durchringen, das ausgehandelte Austrittsabkommen zu unterzeichnen. Das liegt offenbar daran, dass es selbst für einen Nettozahler wie Großbritannien nicht möglich ist, die EU mit einer positiven oder wenigstens ausgeglichenen wirtschaftlichen Bilanz zu verlassen. Der Austritt aus der EU hat ganz einfach Nachteile, und

das erkennt man zunehmend auch auf der Insel. Dabei hat die scheinbar harte Verhandlungsposition der EU auch nichts mit einer Bestrafung Großbritanniens zu tun, wie es Rechtspopulisten gern behaupten. Die europäischen Grundfreiheiten sind ganz einfach Teil der Mitgliedschaft und nicht trennbar. Wenn ich meinen Job kündige, weil er mir nicht mehr gefällt, kann ich von meinem Arbeitgeber auch nicht verlangen, dass er mir in Zukunft weiterhin den Lohn zahlt. Lohn gibt es nur gegen Arbeit und europäische Grundfreiheiten nur mit der EU-Mitgliedschaft. So einfach ist das.

Bei allen positiven Aspekten, die die EU mitbringt, darf man jedoch nicht vergessen, dass sie sich noch ein gehöriges Stück weiterentwickeln muss. Zunächst muss sie demokratischer werden. Obwohl Rechte des Europaparlaments in den letzten Jahren gestärkt wurden, ist eine Gleichberechtigung mit EU-Kommission und EU-Rat noch nicht gegeben. Das EU-Parlament wird noch viel zu oft vor vollendete Tatsachen gestellt und fungiert dann als „Abnickorgan“, das nur noch Ja oder Nein sagen kann, aber keine Veränderungen vornehmen darf. Ein verbessertes Initiativrecht muss deshalb das Ziel bleiben. Außerdem heißt Demokratie auch immer Demokratie von

*Fortsetzung auf Seite 4*

## Gedanken zu einem sensiblen Thema: Das Geschäft mit dem Alter

Das Altern ist nicht abzuwenden – das gilt noch für alle Menschen. In Industriestaaten wie Deutschland wird die Bevölkerung im Schnitt immer älter, die Lebenserwartung wächst und damit wird der Kampf gegen das Altern zu einem lukrativen Markt. Das hat nicht nur die Werbe-Industrie längst erkannt. Auch die Forschung arbeitet stetig daran, das hohe Lebensalter so lang und zeitgleich so angenehm wie möglich zu gestalten.

Dazu gehört auch, die zahlreichen altersbedingten Erkrankungen zu bekämpfen, die jedes weitere Lebensjahr mit sich bringen kann: Herzerkrankungen, Diabetes,

Demenz und Alzheimer. Seit einigen Jahren wollen auch Start-ups verstärkt auf dem Gesundheitsmarkt mitmischen. Nicht gemeinnützig, sondern auch sie visieren den Markt rund ums Altern an. Ihr Vorteil: Sie können das Geld von privaten Investoren schnell eintreiben; auf langsame staatliche Finanzierung und die damit verbundenen Auflagen sind sie dann nicht angewiesen. Und hier beginnen Grenzen zu verschwimmen. Das Gesundheits-Start-up befindet sich an der Schnittstelle zwischen schnellem Investorengeld, Kundenaquise, Werbeversprechen und sorgfältiger Forschung.

*Carina Fron (dlf)*

Fortsetzung von Seite 3

unten nach oben. Das Subsidiaritätsprinzip halte ich deshalb für sehr wichtig. Alles, was auf Ebene der Regionen geregelt werden kann, muss auch von diesen geregelt werden. Nur bei überregionalen Angelegenheiten machen europäische Regelungen Sinn.

Es ist auch immer Vorsicht geboten, dass die EU sich nicht in die falsche Richtung entwickelt. Ohne Zweifel ist die EU ein großes Friedensprojekt. Über 70 Jahre Frieden in Mitteleuropa hat es vorher noch nicht gegeben. Das muss man würdigen und anerkennen. Dieses Friedensprojekt gerät jedoch

mittlerweile in Gefahr. Die EU plant in der kommenden Förderperiode einen Verteidigungsetat, und mit Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien und Großbritannien befinden sich gleich fünf (Noch-) Mitglieder der EU unter den zehn größten Exportnationen für schwere Waffen in der Welt. Was diese Waffenexporte anrichten, sehen wir an den Flüchtlingsströmen dieser Welt. Und auch der Dialog mit Russland muss wieder in friedlichere Bahnen gelenkt werden. Die Partnerschaft zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Russland war immer von Freundschaft und Zuverlässigkeit geprägt. Es ist deshalb wichtig, im Dialog zu bleiben. Ein

sicheres Europa gibt es nur gemeinsam mit Russland und nicht gegen Russland. Die EU darf sich hier nicht zum Vasallen der geostrategischen Interessen der USA machen lassen.

Mit Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen bleibt mir nur zu sagen, dass die EU unter dem Strich sehr viele Entwicklungschancen bietet. Europa ist gut, wenn es gut gemacht wird. Ob es gut gemacht wird, haben wir alle selbst in der Hand...

*Karsten Kolbe ist Mitglied des Landtags Mecklenburg-Vorpommern und Sprecher der Fraktion DIE LINKE für Hochschule, Sport und Europa*

## „JA zu Europa!“

### Wahlaufufruf der BAGSO: Besserer Schutz der Rechte für Senioren

Die BAGSO ruft alle Wahlberechtigten auf, am 26. Mai ihre Stimme für ein vereintes und demokratisches Europa abzugeben. In dem Wahlaufufruf „JA zu Europa!“ heißt es: „Wir Älteren wissen: Die Europawahl gibt uns die Chance, über die Zukunft Europas mitzentscheiden. Wir haben es in der Hand, ob Europa seine Potenziale entfalten kann oder ob es in egozentrischen Nationalismus zurückfällt.“

„Es gibt keine Alternative zum Zusammenwirken der europäischen Staaten, wie schwierig das auch im Einzelfall ist. Ohne die Europäische Union wäre eine Verständigung noch viel

schwieriger. Und Europa kann besser werden! Wir wollen mitwirken an der Entwicklung einer Europäischen Union, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist, wie es in Art. 23 unseres Grundgesetzes steht, einer Europäischen Union, die sich auch der Eigenverantwortung der nationalen Staaten und ihrer Regionen bewusst ist und die die Menschenrechte schützt.“

Die BAGSO dringt in der Erklärung darauf, Europa für die Menschen aller Generationen fortzuentwickeln. „Die Zu-

kunft aller, auch die der Älteren, hängt wesentlich vom Wohlergehen der nachfolgenden Generationen ab. Wir wollen, dass es den Kindern gutgeht und auch ihren Familien.“ Als Interessenvertretung der älteren Generationen mahnt die BAGSO auch einen besseren Schutz der Rechte älterer Menschen an. Das gilt zum Beispiel für den Schutz vor Gewalt, für die Sicherstellung von bedarfsgerechter Unterstützung und Pflege und für die soziale Sicherung.

Der Wahlaufufruf „JA zu Europa“ und weitere Informationen zur Europawahl sind unter [www.bagso.de](http://www.bagso.de) abrufbar. ■

## Wachsam aus der Geschichte heraus

### Erinnern – Betrauern – Wachrütteln in Alt Rehse, einem Ort mit besonderer Historie

Die diesjährige Gedenkveranstaltung für die Opfer der Euthanasie und der Zwangssterilisierungen in Mecklenburg-Vorpommern in der NS-Zeit fand am 27. Januar in Alt Rehse am Tollenseesee bei Neubrandenburg statt. Organisiert vom Landesverband Sozialpsychiatrie e. V., der Erinnerungs-

Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rehse und des Dietrich-Bonhoeffer-Klinikums Neubrandenburg, gedachten zahlreiche Menschen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern einer lange Zeit tabuisierten und verschwiegenen Opfergruppe: den Menschen mit psychischen oder anderen Erkrankun-

gen sowie geistigen und körperlichen Behinderungen, die im Rahmen der Erbgesundheitsgesetze und der sogenannten T4-Aktionen in der Zeit des Nationalsozialismus umgebracht oder dauerhaft geschädigt wurden.

Mit Übernahme der Macht am 30. Januar 1933 wurden die rassebiologi-

schen Vorstellungen der Nationalsozialisten zur staatlichen Politik in Deutschland. Bereits ein halbes Jahr später verabschiedete die Regierung das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, auf dessen Grundlage deutsche Erbgesundheitsgerichte bis 1945 über 400.000 Menschen sterilisieren ließen. Die Radikalisierung der NS-Rassenpolitik gipfelte in den „Euthanasie-Morden“ an kranken und behinderten Menschen. Am 1. September 1939 ermächtigte Adolf Hitler ausgewählte Ärzte, Pflegerinnen, Pfleger und Hebammen zur „Vernichtung lebensunwerten Lebens“.

1935 wurde in Alt Rehse eine „reichsweite“ einmalige Einrichtung für die ideologische Schulung der deutschen Ärzte, Hebammen, Apotheker und auch für die Angehörigen der Verwaltungen, die den Bereich der Gesundheitspolitik tangierten, eröffnet. Die „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft Alt Rehse“ wurde von vielen führenden Nationalsozialisten besucht; sie nahm innerhalb der ärztlichen Fortbildung im „Dritten Reich“ eine zentrale Rolle ein. Hier wurden den Schulungsteilnehmern grundlegende Kenntnisse über die weltanschaulichen und rassenpolitischen Zielsetzungen der NS-Gesundheitspolitik vermittelt. Auf der Grundlage von „Eugenik“ und „Rassenhygiene“ wurde eine Gesundheitspolitik gelehrt, die zu Zwangssterilisationen an „rassisch minderwertigen“ und angeblich „erblich belasteten“ Menschen bis hin zum tausendfachen



*Am Gedenkstein im Schlosspark von Alt Rehse werden Blumen niedergelegt und Kerzen entzündet.*

Mord an Patienten in Heil- und Pflegeanstalten führte.

Mit einer Andacht in der Kirche von Alt Rehse und dem Niederlegen von Blumen und Aufstellen von Kerzen am Gedenkstein im Schlosspark wurde vormittags der Opfer dieser Grausamkeiten gedacht. Den Nachmittag eröffnete ein Grußwort von Sozialministerin Stefanie Drese, es folgten Beiträge zum Thema von Dr. Rainer Stommer, dem Geschäftsführer der Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rehse, und Prof. Dr. Andreas Speck von der Hochschule Neubrandenburg sowie persönliche Worte aus der Betroffenenperspektive von Frank Hammerschmidt und Undine Gutschow. Prof. Dr. Andreas Brooks, Schwerin, schreibt im Vorwort der Dokumentation „Erinnerungsorte in M-V“: „Wir haben die Pflicht, aus der Geschichte zu

lernen und uns auch heute zur Wachsamkeit mahnen zu lassen.“

Der gemeinnützige Verein „Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rehse e.V.“ wurde 2001 gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, die Geschichte der „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“ zu erforschen und in eine zukunftsorientierte und moderne Bildungsarbeit zu integrieren. Die Dauerausstellung „Alt Rehse und der gebrochene Eid des Hippokrates“ informiert über den Ort, an dem Mediziner ideologisch auf die Euthanasie vorbereitet wurden. Hier sind besondere Einblicke in die Verstrickung der Ärzteschaft in die verbrecherische NS-Ideologie der „Rassenhygiene“ und in der Grenzverschiebung medizinischer Fragen möglich. Ein Besuch lohnt sich auf jeden Fall.

*Brigitte Seifert*

## „Lasst Daten reisen, nicht Patienten!“

Brief der Seniorenbeiräte an Gesundheitsminister Jens Spahn

*Der Kreissenorenbeirat Mecklenburgische Seenplatte und der Seniorenbeirat der Stadt Neubrandenburg trafen sich im November zu einer gemeinsamen Sitzung und berieten umfassend das Thema Telemedizinische Versorgung. Anschließend, am 10. Dezem-*

*ber, richteten sie einen Brief an den Bundesminister für Gesundheit, Jens Spahn. Darin heißt es:*

Digitale Daten helfen uns, Krankheiten und Krankheitsverläufe besser zu verstehen, um damit erfolgrei-

cher behandelt zu werden. Für das Flächenland MV wird die Absicherung der medizinischen Versorgung bei fehlenden Haus- und Fachärzten immer schwieriger. Deshalb soll-

*Fortsetzung auf Seite 6*

*Fortsetzung von Seite 5*

te schnellstens die Telemedizin vorbereitet und auch realisiert werden. Rechtliche und Datenschutzbedingungen sind von der Bundesregierung abzusichern und einheitlich in allen deutschen Krankenkassen einzuführen. Die Schweiz, die seit den neunziger Jahren mit „Medi 24“ als größtem Anbieter heute ca. 5000 Patienten pro Tag telefonisch betreut, wäre für uns ein Vorbild, das wir nachempfinden und verbessern könnten, ohne den Innovationsfonds des Bundesausschusses für Gesundheit von 211 Millionen Euro anzutasten.

Sinn und Nutzung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) bzw. einer elektronischen Gesundheitsakte (eGA): Leider hat die eGK bis heute, trotz enormer Kosten, noch keine nutzbaren Anwendungsmöglichkeiten. Eine eGA gibt es zwar derzeit ebenfalls vereinzelt, aber sie ist nicht allen Versicherten zugänglich. Damit die Bürger diesen digitalen Datentresor mit seinen Gesundheitsinformationen, wie Rezepte, Röntgenbilder, Befunde, Impfstatus usw., perspektiv nutzen können, müssen sie gesundheits- und medienkompetent sein.

Die medizinische Versorgungsqualität in unserem Bundesland ist noch gut. Dennoch steht das Gesundheitswesen vor großen Herausforderungen. Die Morbidität der Bevölkerung wächst, und es bestehen große Schwierigkeiten, frei werdende Arztpraxen wie auch Klinikmedizinerstellen neu zu besetzen. Bereits seit 2008 initiieren die Universitätsmedizin Greifswald und die Techniker Krankenkasse ein einmaliges Telemedizin-Angebot. Seitdem haben sich die telemedizinischen Versorgungsangebote im Land und in Gesamtdeutschland weiterentwickelt.

Auch wenn in Mecklenburg-Vorpommern zahlreiche Versorgungsprojekte existieren, drohen die Ärzte und

Patienten im Land den Anschluss zu verlieren. Wir sind der Auffassung, dass der schnelle Zugriff auf behandlungsrelevante Informationen einen zentralen Vorteil für alle an der telemedizinischen Versorgung beteiligten Akteure darstellt. Interdisziplinarität steht bei allen telemedizinischen Lösungen im Fokus. Beispielsweise können Ärzte, Unikliniken und andere Leistungserbringer fachübergreifend zusammenarbeiten. Für Patienten ist die Einhaltung des Datenschutzes ein bedeutender Faktor in der Entscheidungsfindung.

Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern wird die Hausarztversorgung zunehmend problematisch. Für eine langfristig stabile Versorgungssituation in weniger entwickelten Gegenden fordern wir stärkere Akzente als Stipendien. Die Ärztinnen und Ärzte in unterversorgten Gebieten sollten künftig über verbindliche regionale Zuschläge gefördert werden, die langfristig festgeschrieben sind. Gerade für angehende junge Hausärzte ist der bürokratische Verwaltungsaufwand in der Praxis eine Herausforderung. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen bietet die Chance, einen koordinierten Behandlungsprozess ohne Zeitverlust und Informationsbrüche zu organisieren.

Aus Sicht unserer Beiräte sollte die Politik die Digitalisierung im Gesundheitswesen forcieren. Das Ziel sollte sein, dass in absehbarer Zukunft die digitale Kommunikation zwischen Leistungserbringern untereinander, aber auch zwischen Leistungserbringern und Patienten selbstverständlich ist. Der Versicherte sollte einen Anspruch auf digitalen Informationsaustausch erhalten. Kein Patient soll mehr erleben, dass die nötigen Informationen nicht vorliegen, er bei jedem Behandlungsschritt von neuem Erfassungsbögen ausfüllen muss oder dass überflüssige bzw. kontrapunktive Diagnostik oder Behandlung erfolgen.

Sehr geehrter Herr Minister, wir erwarten, dass Sie sich dafür einsetzen, dass die technischen Möglichkeiten so schnell wie möglich und unbürokratisch für alle Versicherten – und nicht nur punktuell oder für einzelne Krankenkassen – eingesetzt werden können. Bei den heutigen über 200 Krankenkassen und den 16 Ländern in der BRD, den verschiedenen Zuständigkeiten und Gesetzen (Bund / Land / Kommune) kann eine einheitliche, vernünftige Lösung aus unserer Sicht nie gelingen. Hierfür wären grundlegende Reformen nötig.

Die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ von 2011 bis 2016 hat diese Problematik mit behandelt, die Prämisse „Lasst Daten reisen, nicht Patienten“ festgelegt und viele Handlungsempfehlungen gegeben. Es ist zu hoffen, dass dieser Bericht, der für über fünf Millionen Euro von den 21 Mitgliedern in fünf Jahren erarbeitet wurde, auch umgesetzt wird und nicht in den „Schubladen“ verschwindet.

Wir machen unsere Senioren fit für das digitale Gesundheitswesen, damit sie für sich informierte Entscheidungen treffen können und sich von den neuen Möglichkeiten nicht überfordert fühlen. Jeder Patient muss für sich entscheiden können, ob und wie er digitale Angebote, wie zum Beispiel die elektronische Gesundheitsakte, nutzen möchte.

*Der Brief ist im Auftrag der Beiratsmitglieder unterzeichnet von Prof. Dr. Dr. Helmut G. Pratzel, Vorsitzender des Kreissenorenbeirats Mecklenburgische Seenplatte, und von Peter Lundershausen, Vorsitzender des Seniorenbeirats Neubrandenburg.*

**Am 7. Januar 2019 antwortete Angela Kratzer vom Referat Beratung und Information für Versicherte und Leistungserbringer in Bonn im Auftrag von Bundesminister Spahn. Den Wortlaut dieses Schreibens veröffentlichen wir auf der gegenüberliegenden Seite.**

Sehr geehrter Herr Professor Pratzel,  
sehr geehrter Herr Lundershausen,  
sehr geehrte Mitglieder des Seniorenbeirats Neubrandenburg,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 10. Dezember 2018, in dem Sie sich offen, kritisch und konstruktiv mit dem Entwicklungsstand zur Digitalisierung des Gesundheitswesens und der Einführung der elektronischen Patientenakte auseinandersetzen. Herr Bundesminister Spahn hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Ihre Haltung kann ich nachvollziehen und Ihnen versichern, dass das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) die weiteren Arbeiten zur elektronischen Patientenakte nicht nur engmaschig begleitet, sondern auch dort, wo sich sinnvolle Verbesserungsmöglichkeiten bieten, diese zeitnah genutzt werden können.

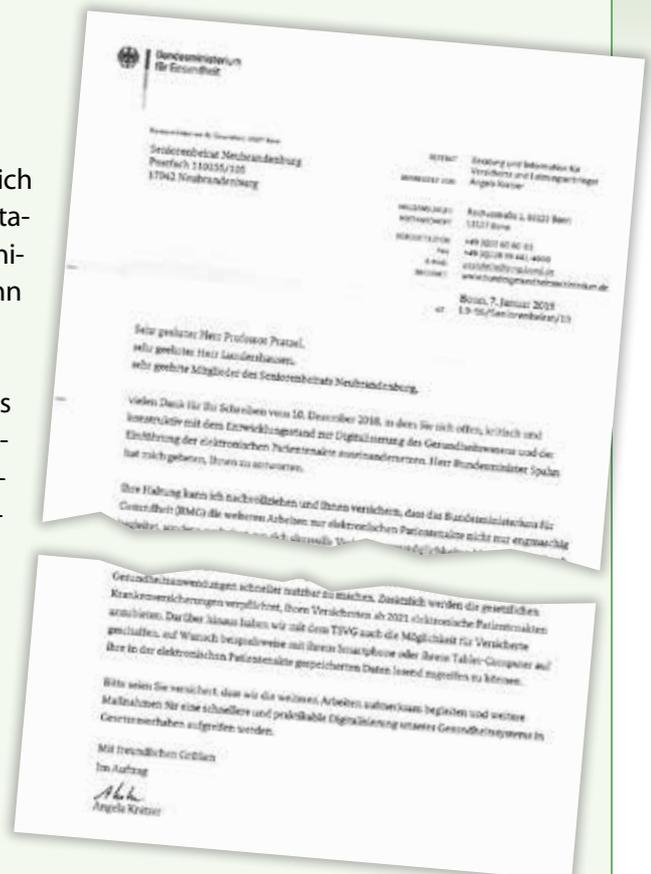
Basis für eine moderne einrichtungs- und sektorenübergreifende Kommunikation und Nutzbarkeit wichtiger medizinischer Gesundheitsdaten ist eine sichere digitale Dateninfrastruktur, die sog. Telematik-Infrastruktur. Diese wird künftig die fast 200.000 Ärzte und Zahnärzte, 2000 Krankenhäuser, 20.000 Apotheken, 2,3 Mio. weiteren Beschäftigten im Gesundheitswesen und die mehr als 70 Mio. gesetzlich Versicherten so verbinden, dass sie sicher, schnell und sektorenübergreifend elektronisch miteinander kommunizieren können.

Der Aufbau der Telematik-Infrastruktur hat Ende letzten Jahres begonnen. Mittlerweile sind bundesweit über 40.000 Arzt- und Zahnarztpraxen angeschlossen. Krankenhäuser und Apotheken werden folgen. Das Ziel ist eine flächendeckende Vernetzung. Auf dieser Basis sollen ab der zweiten Jahreshälfte 2019 sukzessive erste medizinische Anwendungen der elektronischen Gesundheitskarte Wirklichkeit werden. Als erste werden dies die elektronischen Notfalldaten und der elektronische Medikationsplan sein. Zentral ist aber, dass mit der Telematik-Infrastruktur sichere Kommunikationsverfahren zwischen Leistungserbringern in der praktischen Versorgung eingeführt werden.

Ein zentrales Instrument zur Verbesserung der sektorenübergreifenden Datenkommunikation im Gesundheitswesen ist die elektronische Patientenakte, die bei allen Leistungserbringern und medizinischen Einrichtungen bundesweit sektorenübergreifend und unabhängig von der Mitgliedschaft in einer bestimmten Krankenkasse einsetzbar sein muss. Die Vorgaben zur Einführung einrichtungsübergreifender, elektronischer Patientenakten sind von der gematik Ende 2018 veröffentlicht worden, damit Anbieter von Patientenaktensystemen anschließend ihre jeweiligen Produkte nach diesen Vorgaben in den Markt bringen können. Die Erarbeitung und fristgerechte Festlegung der Vorgaben für die Patientenakten wird seitens des BMG ebenfalls intensiv begleitet. Mit dem „Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung“ (TSVG) haben wir die dafür notwendigen gesetzlichen Änderungen auf den Weg gebracht. Mit Inkrafttreten des Gesetzes ist die Grundlage dafür geschaffen, sinnvolle digitale Gesundheitsanwendungen schneller nutzbar zu machen. Zusätzlich werden die gesetzlichen Krankenversicherungen verpflichtet, ihren Versicherten ab 2021 elektronische Patientenakten anzubieten. Darüber hinaus haben wir mit dem TSVG auch die Möglichkeit für Versicherte geschaffen, auf Wunsch beispielsweise mit ihrem Smartphone oder ihrem Tablet-Computer auf ihre in der elektronischen Patientenakte gespeicherten Daten lesend zugreifen zu können.

Bitte seien Sie versichert, dass wir die weiteren Arbeiten aufmerksam begleiten und weitere Maßnahmen für eine schnellere und praktikable Digitalisierung unseres Gesundheitssystems in Gesetzesvorhaben aufgreifen werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag  
Angela Kratzer



## Noch zu wenig genutzt

Landesarmutskonferenz will „Altenhilfe“ bekannter machen

Nach längerer Zeit der Stagnation, ernsthaften Bemühungen zur Wiederbelebung im letzten Jahr, trafen sich im Februar 15 Vertreter verschiedenster Organisationen und Einzelpersonen zur ersten Zusammenkunft der Landesarmutskonferenz Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin. Nach dem Netzwerktreffen im Juni letzten Jahres mit der Wahl des neuen Sprecherkreises mit Prof. Ulf Groth an der Spitze gab es vielfältige Aktivitäten, wieder alle ehemaligen Partner an einen Tisch zu bringen. Auch der Landesseniorenbeirat nutzte seine Möglichkeiten, einen Beitrag zur Wiederbelebung der Landesarmutskonferenz zu leisten. Wir ermöglichten Prof. Groth die Teilnahme an unserem Kooperationstreffen mit den Seniorenorganisationen und -verbänden des Landes. Überzeugend konnte er vortragen, dass wir gemeinsam gegen die wachsende Altersarmut etwas unternehmen müssen. Vielen der Teilnehmer war dabei noch die Resolution „Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern“ des 9. Altenparlaments 2016 im Gedächtnis. Zählbare Ergebnisse gibt es leider nicht, wie auch eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Fraktionen des Landtags zu unserer Herbsttagung verdeutlichte. Auch hier warnte Prof. Groth in seinen einleitenden Ausführungen vor einer dramatischen Entwicklung der Altersarmut im Land. In einer Vorstellungsrunde erläuterten die Teilnehmer ihre Motive für ei-

ne künftige Zusammenarbeit in der Landesarmutskonferenz. Angefangen von der Kinderarmut über die Armut alleinstehender oder alleinerziehender Frauen und die Armut von Menschen mit Behinderungen bis zur Altersarmut wurden Auswirkungen der gegenwärtigen Politik aufgezeigt. Mit steigenden Mieten, Langzeitarbeitslo-



sigkeit, Hartz IV, mangelnder Bildung oder Niedriglöhnen wurde ein Teil der Ursachen benannt. Dabei sind die Tafeln unseres Landes ein Seismograf der Armutsentwicklung. Die Landesarmutskonferenz will sich deshalb in diesem Jahr mit zwei Arbeitsgruppen den Themen Kinder- und Altersarmut widmen.

Dazu gehört auch, die laut Sozialgesetzbuch XII mögliche „Altenhilfe“ bekannter zu machen. Danach können Menschen, die unter 1.200 Euro Alters Einkünfte haben, diese Leistung der Sozialhilfe erhalten, um altersbedingte Schwierigkeiten zu verhüten oder zu mildern. Dazu kann beispielsweise die Fahrtkostenübernahme zu Seniorenclubs und kulturellen Veranstaltungen gehören, aber auch die Kostenübernahme für einen rutschfesten Bodenbelag in der Wohnung.

Nach Prof. Ulf Groth hat es 2016 laut Statistischem Amt MV nur 18 Fälle im Nordosten gegeben, die entsprechend gefördert wurden. Dies deutet darauf hin, dass die Leistung „Altenhilfe“ in der Bevölkerung wenig bekannt ist oder dass die kommunalen Sozialämter ungenügend darüber aufklären. Nach aktuellen Berechnungen ist im Nordosten jeder dritte Erwerbstätige von Altersarmut bedroht. Sollen all diese Menschen im Land faktisch von der Inanspruchnahme dieser Möglichkeiten ausgeschlossen werden? Eine noch besser aufgestellte Infrastruktur für die Sozialberatung könnte Abhilfe schaffen. Die Landesarmutskonferenz wird hier das Gespräch mit dem Land suchen. Zudem hat das Gremium seine Mitglieder gebeten, besonderes Augenmerk auf die Möglichkeiten dieser Rechtsvorschrift zu legen. In der Landesarmutskonferenz MV arbeiten gegenwärtig neben dem Landesseniorenbeirat Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Initiativen, Kirchen, des DGB oder des Mietervereins sowie sozialpolitisch engagierte Privatpersonen mit.

Die Teilnehmer besuchten gemeinsam eine Wanderausstellung des AWO-Landesverbands „Gesichter der Armut“ über das Schicksal von Wohnungslosen. Diese Bilder können beim AWO-Landesverband ausgeliehen werden.

*Bernd Rosenheinrich*

## Augenmerk auf die Älteren richten

Landesseniorenbeirat zur geriatrischen Versorgung in unserem Bundesland

Die Kassenärztliche Vereinigung MV und die Krankenhausgesellschaft unterbreiteten im Namen der niedergelassenen Ärzte sowie der stationär medizinischen Akut- und Rehabili-

tationskliniken auf der Beratung des Geriatrie-Beirats einen Vorschlag zur Versorgung geriatrischer Patienten bei der komplexen und qualifizierten Betreuung in unserem Bundesland.

Mit diesem Konzept, das in den Geriatrieplan des Landes aufgenommen werden sollte, definieren die niedergelassenen Ärzte, Krankenhäuser und Rehakliniken für sich ein hohes Ni-

veau im Hinblick auf die Versorgung geriatrischer Patienten. Einig ist man sich auch darüber, dass eine qualitativ hochwertige Versorgung des geriatrischen Patienten nur im Rahmen einer sektorenübergreifenden Versorgung gelingen kann. Die Einbeziehung der Kostenträger steht noch aus, allerdings wird Bereitschaft signalisiert, noch bestehende Risiken zu durchdenken und Lösungen anzubieten. Der Landesseniorenbeirat fordert zum einen flächendeckenden und wohnortnahen Auf- und Ausbau der geriatrischen Versorgung in MV. Den

Kern der Versorgung müsse ein interdisziplinär und multiprofessionell zusammengesetztes Behandlungsteam übernehmen. Es solle neben medizinischen auch physische, psychische und soziale Aspekte einbeziehen und die Versorgung nach einer Entlassung aus dem Krankenhaus sicherstellen. Eine geriatrische Versorgung müsse auch in nichtgeriatrischen Fachabteilungen sichergestellt werden. Menschen, die in Pflegeheimen leben, müssen Zugang zu geriatrischen Behandlungs- und Rehabilitationsangeboten haben.

Ein besonderes Augenmerk müsse auf die gesundheitliche Versorgung älterer Menschen in strukturschwachen ländlichen und städtischen Räumen gerichtet werden. Voraussetzung seien die Vorhaltung und Weiterbildung des erforderlichen geriatrischen und gerontologischen Fachpersonals. Die Landesregierung habe die Aufgabe, die vorgelegten Vorschläge zu prüfen und zeitnah mit allen Partnern fallabschließend zu beraten und umzusetzen.

*Monika Schmidt*

#### Wortmeldung:

## Pflege erfordert Menschlichkeit

Sicher ist manchem schon ein Pflegeroboter bekannt geworden. Solche werden derzeit in Heimen und Krankenhäusern getestet und auch genutzt. Die Entwickler beziehungsweise Erfinder und Hersteller solcher Technik verweisen auf die stetig steigende Zahl von pflegebedürftigen Menschen in Deutschland und auf angeblich vorliegende gute Erfahrungen, die mit derartiger Technologie in anderen Ländern gemacht worden seien. Bei aller Fortschrittsbegeisterung: Eine Welt, in der Roboter die Pflege äl-

terer oder behinderter Menschen beziehungsweise kranker übernehmen, ist aus meiner Sicht – und ich hoffe, auch aus derjenigen, die diesen Beitrag lesen – eine unbarmherzige Welt. Kein Wunder, dass 57 Prozent einer Bitkom-Umfrage sich nicht vorstellen können, sich von einem Roboter auch nur teilweise pflegen zu lassen. Hier sollte die Rationalisierung wirklich ihren Grenzbereich haben. Der Pflegekräftemangel in der Pflege muss anders angegangen werden. Auf den letzten Metern des Lebens zählt Persönlichkeit – kurz und

gut: Menschlichkeit. Eine solche kann selbst ein Roboter mit feinsten Sensoren nicht bieten.

Das bedeutet allerdings nicht, dass jede Form des Einsatzes neuer Technik in der Pflege zu verteufeln wäre. Dort, wo moderne Technologien Pflegekräfte von körperlicher Arbeit entlasten, ist sie als eine zeitgemäße Unterstützung zu fördern. Niemals aber mehr. Eine Entmenschlichung der Pflege kann und darf niemand unterstützen.

*Siegfried Schwinn*

## Aus der Geschäftsstelle des Landesseniorenbeirats

**Arbeitsberatungen im zweiten Quartal 2019:** 16. April und 4. Juni

**Regionalkonferenzen:** 13. März in Güstrow, 27. März in Bergen auf Rügen

**BAG LSV:** 15. und 16. März in Bremen

**Weiterbildung:** 6. und 7. Mai in Güstrow

**AG Seniorensicherheit:** 15. Mai Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern

*Nicht das Alter ist das Problem, sondern unsere Einstellung dazu.*

*Marcus Tullius Cicero (106-43 v. Chr.), röm. Politiker, Schriftsteller und Philosoph*

# Schlanke Verwaltung, wenig Bürokratie

Konzept zur Ehrenamtskarte wurde an den Landtag weitergeleitet

Gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement, Jan Holze, informierte kürzlich Sozialministerin Stefanie Drese über das Konzept der Landesregierung zur Einführung einer landesweiten Ehrenamtskarte. Das Papier ist inzwischen an den Landtag weitergeleitet worden. „Im Bereich des freiwilligen Engagements ist Mecklenburg-Vorpommern führend unter den neuen Bundesländern“, betonte die Ministerin. Rund 43 Prozent der Bevölkerung engagieren sich bürgerschaftlich. Neben der Gewinnung vieler Sponsoren und Akzeptanzstellen komme es auf eine schlanke Ver-

waltung und wenig Bürokratie an. „Die Akteure vor Ort können sehr gut einschätzen, wer anhand der erarbeiteten Kriterien eine Ehrenamtskarte verdient habe. Deshalb wird über die Vereine, Institutionen, Kommunen und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts eine einfache, unkomplizierte Antragsstellung erfolgen.“

Zu den Voraussetzungen zählen u. a. 250 Stunden im Jahr als zeitlicher Mindestaufwand bei einer Mindestdauer des ehrenamtlichen Engagements von drei Jahren (bei Jugendlichen ein Jahr). Junge Ehrenamtler ab 14 Jahren können ebenso eine Ehrenamtskarte erhalten.

Jan Holze: „Die Ehrenamtskarte wird nur Akzeptanz finden, wenn die Kriterien gerecht und nachvollziehbar sind. Das ist mit dem vorliegenden Konzept, an dem viele Ehrenamtliche mitgewirkt haben, gelungen.“ Die vier Bürgerforen in Stralsund, Neubrandenburg, Schwerin und Bad Döberan brachten wertvolle Erkenntnisse. Hauptakteure sind die MitMach-Zentralen als Ansprechpartner vor Ort. Sie sollen auch die Werbung von regionalen Sponsoren gerade aus der Wirtschaft betreiben. Ihre finanzielle Ausstattung solle gemeinsam mit den Landkreisen weiterentwickelt werden. ■

## Eine doppelte Haltelinie

Sichere Altersversorgung zunächst bis 2025 gesichert

Das mit Jahresanfang in Kraft getretene Rentenpaket der Bundesregierung sei der erste wichtige Schritt für eine stabile und gerechte gesetzliche Altersversorgung in der Zukunft. Das betonte Sozialministerin Stefanie Drese vor dem Landtag, der sich auf Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Thema Rente beschäftigte. „Mit der gesetzlich verankerten doppelten Haltelinie wird zunächst bis 2025 eine sichere Altersversorgung geschaffen, ohne die Generationen gegeneinander auszuspielen. Darin liegt der Hauptunterschied zu ande-

ren Rentenkonzepten“, betonte sie. Die doppelte Haltelinie schreibt fest, dass die Beiträge für die gesetzliche Alterssicherung und die Höhe des Rentenniveaus auf dem aktuellen Stand garantiert werden. So wird der Beitragssatz zur Rentenversicherung bis 2025 nicht 20 Prozent überschreiten. Parallel dazu beträgt das Sicherungsniveau bis zum gleichen Jahr 48 Prozent. Vereinbart ist zudem eine bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten von Müttern wie auch Vätern für vor 1992 geborene Kinder.

Ein wichtiger Fortschritt für Frührentnerinnen und Frührentner, die monatlich zwischen 450 und 1300 Euro beziehen, sei die deutliche Verbesserung der Absicherung bei Erwerbsminderung. Ebenso bedeutsam in der Zukunft sei die Schaffung eines Härtefallfonds für Personen, die durch die Rentenüberleitung Ost benachteiligt worden sind, sowie die Ausgestaltung einer möglichen Grundrente mit 35 Beitragsjahren zur Bekämpfung von Altersarmut. „Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, muss im Alter mehr haben als Grundsicherung.“ ■

## Tragende Säule in der Pflege

Weitere Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger werden vorbereitet

Sozialministerin Stefanie Drese sieht in der stärkeren Entlastung und besseren Unterstützung von pflegenden Angehörigen ein Hauptaufgabefeld in der Pflegepolitik von Bund,

Ländern und Kommunen. Der „Barmer Pflegereport 2018“ zeige den großen Handlungsbedarf. „Ich werde als Vorsitzende der Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder

den Komplex der nichtprofessionellen Pflege als wichtiges Thema verankern“, betonte sie. Pflegende Angehörige seien bundesweit mit großem Abstand „die tragende Säule

der pflegerischen Versorgung“. Auch in MV werden mehr als 75 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause betreut. „Wir brauchen einen verbesserten Rechtsanspruch für pflegende Angehörige. Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss genauso selbstverständlich werden wie die

Vereinbarkeit von Kindern und Beruf.“

Neben einem Rechtsanspruch auf eine Auszeit mit Reha-Leistungen sei die Entbürokratisierung der ambulanten Pflege ein wichtiges Ziel. Dazu gehöre auch, dass Pflegebedürftige für Taxifahrten zum Arzt künftig keine Ge-

nehmigung der Krankenkasse mehr einholen müssen. Zusätzlich soll die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe installiert werden. Mit ihr werden beispielsweise Unterstützung im Haushalt, Begleitung zu Arzt- und Behördengängen oder Hilfe beim Einkaufen erbracht werden. ■

## Zehn Richtlinien überarbeitet

### Soziale Beratung wichtig im neuen Wohlfahrtstransparenzgesetz

Die soziale Beratung als Kernaufgabe der Freien Wohlfahrtspflege wird im neuen Wohlfahrtstransparenzgesetz als wichtiger Bestandteil enthalten sein. Dies kündigte Sozialministerin Stefanie Drese an. Sie wies darauf hin, dass die soziale Beratung und Unterstützung Ratsuchender eine Aufgabe

im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge sei. „Wir setzen weiter konsequent auf mehr Transparenz und mehr Steuerung in diesem wichtigen Bereich und haben mit der Überarbeitung von zehn Förderrichtlinien zur Unterstützung der sozialen Arbeit klare Regelungen bis zum Inkrafttreten

des Wohlfahrtsgesetzes geschaffen.“ Mit dem neuen Gesetz werde das Land seine Partnerschaft gegenüber den Spitzenverbänden und Trägern der Freien Wohlfahrtspflege angemessen zum Ausdruck bringen und sein Interesse an der Erfüllung dieser Aufgaben unterstreichen. ■

## In gemeinsamer Verantwortung

### Neue Akzente bei der Novellierung des Landespflegegesetzes

Bund, Land und Kommunen sieht Ministerin Stefanie Drese in gemeinsamer Verantwortung, die pflegerische Versorgung der älter werdenden Bevölkerung sicherzustellen. Prognosen gehen von einer Steigerung pflegebedürftiger Menschen im Land von derzeit etwa 80.000 auf 100.000 im Jahr 2030 aus. Die durch den Landtag beschlossene Verbesserung der regionalen Pflege- und Unterstützungsstruktur sei deshalb ein wichtiger Beitrag in der Novellierung des Landespflegegesetzes, hob die Ministerin hervor.

Mit dem im Gesetz verankerten Initiativrecht zur Errichtung von weiteren Pflegestützpunkten und dem Modellvorhaben zur kommunalen Beratung von Pflegebedürftigen könne diese weiterentwickelt werden.

**Dazu Ausschnitte aus der Stellungnahme des Landessenorenbeirats an den Sozialausschuss des Landtages gemäß vorgelegtem Fragebogen:**

**1. Wie kann die Rolle der Familie in der Pflege gestärkt werden, damit die Pflege durch die Angehörigen übernommen werden kann?**

Die Art der Pflege sollte sich am Bedarf des zu Pflegenden orientieren. Deshalb ist die einseitige Orientierung „ambulant vor stationär“ falsch. Deshalb ist es notwendig zu prüfen, ob der Angehörige mit Inanspruchnahme eines ambulanten Pflegedienstes überhaupt in der Lage ist, eine menschenwürdige Pflege zu gewährleisten. Liegen bei dem Pflegenden die Voraussetzungen (Beruf, Alter, Gesundheit, eigene Kinder usw.) vor, die zusätzlichen physischen und psychischen Belastungen zu tragen. Weiterhin müssen die Angehörigen auf die Belastungen in der Pflege des Angehörigen vorbereitet werden und sowohl eine praktische und theoretischer Schulung erhalten. Wofür in der stationären Pflege ausgebildete Fachkräfte vorhanden sind, muss

der Angehörige zu Hause allein bewältigen. Für übliche Betriebsgrößen in Mecklenburg-Vorpommern haben Angehörige keinen Rechtsanspruch auf Pflegezeit oder Familienpflegezeit. Der Arbeitgeber kann den Antrag auf Pflegezeit ablehnen, wenn das Unternehmen 15 oder weniger Beschäftigte und für Familienpflegezeit das Unternehmen weniger als 25 Beschäftigte hat. Diese Benachteiligung ist ungerechtfertigt.

**5. Wie beurteilen Sie die geplante Möglichkeit, regionale Pflegeausschüsse einzurichten?**

Regionale Pflegeausschüsse sind zu begrüßen. Entsprechend den Möglichkeiten des Seniorenmitwirkungsgesetzes auf Landesebene würden wir es begrüßen, wenn in diesen die Mitwirkung der Seniorenbeiräte als Vertreter der Betroffenen zwingend vorgeschrieben würde. ■

# Appell an die Bürgermeister

## Kreissenorenbeirat Mecklenburgische Seenplatte zur kommunalen Seniorenpolitik

„Man tut gut daran, sich früh auf den Lebensabschnitt Alter vorzubereiten und den Seniorenbeirat für Aktivitäten und Kontakte zu entdecken.“ Das betonte Peter Lundershausen, Beiratsvorsitzender in Neubrandenburg, als Vertreter des Kreissenorenbeirats zu Beginn seines Redebeitrags über die Aufgaben der kommunalen Seniorenpolitik auf der Bürgermeisterdienstberatung des Landkreises.

Die neuesten Zahlen gemäß statistischem Bericht für den Landkreis lauten: 52,6 Prozent aller Einwohner sind 50 Jahre und älter (137.052). Betrachtet man die Zahlenentwicklung vom 31. Dezember 2016 zum 31. Dezember 2017, so zeigt sich für den Kreis, dass die Gesamteinwohnerzahl um rund 1.250 Personen (260.574) zurückgegangen ist, die Zahl der Personen in der Altersklasse 65 plus jedoch um 1.415 Einwohner stiegen. Derzeit leben 65.111 Einwohner in der Altersklasse 65 und mehr im Landkreis, davon allein 7.376 = 2,8 Prozent hochaltige Bürger. Sieht man sich die Zahlen laut Prognose bis 2030 an, dann werden es in der Altersklasse 50 und älter 57,8 und in der Altersklasse 60 und älter bereits 44,95 Prozent sein. „Das sind Zahlen, die uns allen zu denken geben sollten. Die Einwohner unseres Landkreises werden auf der einen Seite immer weniger und auf der anderen Seite immer älter“, sagte Lundershausen. „Gleichzeitig gab es nie zuvor so viele bis ins hohe Alter gesunde Menschen, die noch etwas bewegen und sich einbringen möchten“, sagte unsere Sozialministerin. Daraus ergeben sich auch die eben genannten Erforderlichkeiten und dringenden Handlungsbedürfnisse.“

Der Beiratsvorsitzende fuhr fort: „Seniorenpolitik verstehen wir als Querschnittsaufgabe. Die Politik für das Alter und mit dem Alter auf lokaler Ebene berührt viele Handlungsfelder

und darf sich nicht nur auf Altenhilfe eingrenzen lassen. Wohnungspolitik, Stadtentwicklung, Verkehr, Kultur- und Bildungspolitik und vieles mehr gehören dazu. Wenn wir von einer Querschnittsaufgabe sprechen, sollte das alle betreffen: von der Verwaltung mit dem Landrat an der Spitze, von der Politik bis zu jedem Bürgermeister oder Verwaltungschef. Seniorenpolitik betrifft alle Ressourcen und ist generationsübergreifend zu verstehen. Das Gemeinwesen ist gut beraten, wenn es die Kompetenz und Erfahrung der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nutzt. Der Kreissenorenbeirat strebt eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Entscheidern und Bestimmern in unserem Landkreis an.“

Viele Probleme, vor denen Senioren stehen, seien auch Probleme der jungen Mitbürger, also generationsübergreifend. Das sei betont, weil gern ein Keil zwischen Alt und Jung getrieben wird. „Dem treten wir konsequent entgegen. Der demografische Wandel hat Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche.“

Weil jeder dritte Einwohner älter als 60 Jahre ist, wäre eine „Seniorenfachstelle“ für die kommunale Seniorenpolitik in jeder Verwaltung notwendig. Die Handlungsfelder sind im Ergebnisbericht der Enquetekommission „Älter werden im Mecklenburg-Vorpommern“ von 2016 klar umrissen, und es werden auch Lösungswege aufgezeigt:

- Wohnen im Alter
- Mobilität im Alter
- Alter, Gesundheit und Pflege
- Bildung im Alter
- Arbeit im Alter
- Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe
- Infrastruktur und Daseinsvorsorge

Dieser Wandel wird die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung

in den nächsten Jahren stark beeinflussen. Gegen stetig wachsende Altersarmut, Segregation und teilweise auch Vereinsamung seien alle aufgefordert, etwas zu tun.

„In unserem Kreis, unseren Städten, Ämtern und Gemeinden gibt es bisher kein seniorenpolitisches Handlungskonzept. Das Land will unseren Landkreis laut Sozialministerin dabei unterstützen, entsprechende Pläne und Netzwerke voranzutreiben. Dazu gehören eine integrierte Orts- und Entwicklungsplanung, barrierefreie Wohnbedingungen, eine gute Infrastruktur, Kultur und Sport, Mobilität (ÖPNV, Fahrdienste, Bürgerbusse) und ausreichende Beratungs- und Informationsangebote.“

Voraussetzung für ein Gesamtkonzept sei der Blick auf die Vielschichtigkeit des Alters unter Berücksichtigung der differenzierten Lebenslagen. Dabei sei gerade die ältere Generation als ein Gewinn für den Landkreis zu sehen und einzubeziehen. „Wir sind kein altes Eisen – nein, wir sind alte Hasen und haben grundsätzlich mehr Zeit als andere“, meinte Lundershausen weiter. „Wir haben verschiedene Gesellschaftsformen erfahren und erlebt. Wir sind die größte Gruppe, und wir können als politische Kraft Veränderungen herbeiführen, da wir vor der Zukunft keine Angst mehr haben müssen.“

Seniorenpolitik habe im Landkreis noch viel zu wenig Beachtung gefunden, es finde keine Seniorenpolitik statt, obwohl Seniorenarbeit auf ehrenamtlicher Grundlage die kommunalen Pflichten zur Daseinsfürsorge in großem Umfang unterstütze. Grundlage für alle Tätigkeiten seien das seit 2010 gültige Seniorenmitwirkungs-gesetz des Landes sowie die Beschlüsse der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“. Der 12. Seniorentag in Dortmund wie auch das 10. Altenparlament MV 2018

hätten eindeutig in ihren Beschlüssen die Aufgabenstellung für jede Kommune herausgearbeitet. Nun gelte es, diese auch umzusetzen. Lundershausen erinnerte an den Paragraphen 2 der Kommunalverfassung MV, in dem es heißt: „Die Gemeinden sind im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

An die Bürgermeister gewandt, sagte der Neubrandenburger Beiratsvorsit-

zende: „Der Kreissenorenbeirat will und muss seine Basis stärken. Wir erwarten deshalb, dass in den Gemeinden, die bisher keinen Seniorenbeirat oder Beauftragten haben, Vertreter von den Verwaltungen dazu benannt werden. Die Bildung neuer kommunaler Seniorenbeiräte mindestens auf Ämterbasis könnte die Verwaltungen unterstützen. Gleichzeitig wäre es schön, wenn aus dem Arbeitsprozess ausscheidende Mitarbeiter der Verwaltung oder politischer Gremien sich für ein Mitgliedschaft im Kreisse-

niorenbeirat oder in den kommunalen Beiräten bereit erklären würden.“ Ehrenamt sei jedoch nicht komplett kostenfrei, sagte Lundershausen und appellierte, in den Gemeinde-, Amts- und Stadtkassen einen finanziellen Betrag für Ehrenamts- und Seniorenarbeit einzuplanen: „Nicht dass es uns so geht wie im Amt Demminer Land und in Malchin, dass bestehende Seniorenbeiräte ihre Arbeit einstellen mussten, weil die finanzielle Unterstützung nicht ausreichte.“

## Vorschläge für den Johannes-Stelling-Preis 2019

Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus wird gewürdigt

Seit 2006 vergibt die SPD-Landtagsfraktion den mit 2.000 Euro dotierten Johannes-Stelling-Preis. Damit erinnert die Fraktion an den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des Freistaates Mecklenburg-Schwerin von 1921 bis 1924, der aufgrund seiner unbeugsamen Haltung gegen die nationalsozialistische Diktatur in der Nacht vom 21. zum 22. Juni 1933 zusammen mit anderen aufrechten Demokraten in Berlin von den Nazis ermordet wurde.

SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Krüger kommentierte: „Bei der Suche nach einem Preisträger geht es um Menschen oder Initiativen, die sich im Alltag mit Mut und Konsequenz insbesondere gegen rechtsextremistische Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung einsetzen. Auch im vergangenen Jahr hat es erneut zahlreiche Fälle von rassistischen Übergriffen und Ausländerhetze gegeben. Gleichzeitig setzen sich viele

Menschen in unserem Land für eine gute Integration von Flüchtlingen sowie ein weltoffenes, freiheitlich-demokratisches Mecklenburg-Vorpommern ein.“

Vorschläge aus der Bevölkerung werden bis zum 30. April per Fax 0385-525-2338 oder E-Mail: [stellingpreis@spd.landtag-mv.de](mailto:stellingpreis@spd.landtag-mv.de) entgegengenommen. Der Preisträger wird am 18. Juni im Schweriner Schloss ausgezeichnet.

## Immer mehr engagieren sich

Über 200 Aussteller aus allen Regionen unseres Landes bei den EhrenamtMessen

Seit zwölf Jahren finden mit Unterstützung des Landes EhrenamtMessen statt. Die Organisation und Koordination an jährlich wechselnden Standorten liegt in den Händen der Landesarbeitsgemeinschaft EhrenamtMessen unter Federführung des Roten Kreuzes und aktiver Teilnahme des Sozialverbands VdK und des Landessenorenbeirats. Eingebunden sind sie in den Verbund der „Messeveranstalter Nord“. In zwei



SICH ENGAGIEREN  
ETWAS BEWEGEN

Bundesländern, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, sowie in der Hansestadt Hamburg finden von Januar bis März abgestimmte Veranstaltungsreihen zur Würdigung des Ehrenamts statt. Aus allen Regionen unseres Landes präsentieren sich über 200 Vereine, Verbände und Initiativen auf sechs EhrenamtMessen.

Neben der Information interessierter Bürger am jeweiligen Vereinsleben

der Aussteller steht die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements tausender aktiver Menschen im Vordergrund. Ehrenamts-Diplome des Landes werden an besonders engagierte Bürger\*innen vergeben und Informationsveranstaltungen zur „Ehrenamtskarte“ ab 2020 angeboten. Attraktive Kulturprogramme und Foren der Stiftung Ehrenamt sowie die Ausstellung „Raumpioniere“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Ausstellung „Gutes tun in MV“ der Ehrenamtsstiftung er-

Fortsetzung auf Seite 14



## Grußwort

### Liebe Ehrenamtliche, liebe Ausstellerinnen und Aussteller,

die EhrenamtMessen in unserem Land sind etwas ganz Besonderes. Bereits zum zwölften Mal können Ehrenamtliche und solche, die es werden wollen, ins Gespräch kommen. Welche Aufgabe

passt zu mir? Woran habe ich Spaß? Wer ist am besten wofür geeignet? All diese Fragen und noch viele andere mehr lassen sich auch 2019 bei den sechs Messen von Ludwigslust bis Pasewalk quer durchs Land beantworten. Mit dem Ziel, das noch mehr Menschen für andere, für die Gemeinschaft da sein, helfen und Freude verbreiten wollen. Und das mit Hingabe und Leidenschaft.

Das diesjährige Motto ist großartig gewählt: „sich engagieren – etwas bewegen“ – eine bessere Überschrift kann man der Veranstaltungsreihe nicht geben. In unserem Land hat das Ehrenamt eine große Bedeutung. Hunderttausende engagieren sich im Sport, in Kunst und Kultur. Dafür möchte ich jeder Einzelnen und jedem Einzelnen sehr herzlich danken. Und doch ist es wichtig, auch in diesem Bereich für Nachwuchs zu sorgen. Die EhrenamtMessen sind dafür eine ganz ausgezeichnete Plattform.

Ich danke allen, die die Leistungsschau des Ehrenamtes in Mecklenburg-Vorpommern organisieren und präsentieren, sehr herzlich, besonders dem DRK. Sie alle leisten eine wertvolle Arbeit für unser schönes Bundesland. Und ich bitte Sie herzlich: Machen Sie weiter so. Sorgen Sie mit dafür, dass in Mecklenburg-Vorpommern der Zusammenhalt zwischen den Generationen einen festen Bestand hat.

*Manuela Schwesig*

Ihre  
Manuela Schwesig  
Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

## Termine · Orte · Ansprechpartner

### 23. Februar 2019 · Samstag · Bad Doberan

- 11.00 – 16.00 Uhr Messe
- Friderico-Francisceum Gymnasium zu Bad Doberan  
Alexandrinplatz 11 · 18209 Bad Doberan

#### EhrenamtMesse für den Landkreis Rostock und die Hansestadt Rostock

- Susann Wieland
- 038203-75010
- verband@drk-dbr.de

### 02.–03. März 2019 · Samstag & Sonntag · Wismar

- 10.00 – 18.00 Uhr · Eröffnung der Messe Samstag 11.30 Uhr
- Hanse-Schau Wismar  
Bürgerpark Köppernitztal · 23966 Wismar

#### EhrenamtMesse für den Landkreis Nordwestmecklenburg und die Hansestadt Wismar

- Carol Scherlipp
- 03881-7595-0
- c.scherlipp@drk-nwm.de



### 09. März 2019 · Samstag · Ludwigslust

- 10.00 – 16.00 Uhr
- Sporthalle Goethe-Gymnasium  
Christian-Ludwig-Straße 3 · 19288 Ludwigslust

#### EhrenamtMesse für den Landkreis Ludwigslust-Parchim und die Landeshauptstadt Schwerin

- Andreas Skuthan
- 03874-326114
- a.skuthan@drk-lwl.de

## 2019 · Mecklenburg-Vorpommern

### 16. März 2019 · Samstag · Demmin

- 10.00 – 13.00 Uhr | Workshops 13.30 – 15.00 Uhr
- „beermann-arena“ Halle  
Schützenstraße 1a · 17109 Demmin

#### EhrenamtMesse für den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte und die Stadt Neubrandenburg

- Sylvia Reinhardt
- 03998-2717-12
- sozdiene@demmin.drk.de

### 23. März 2019 · Samstag · Pasewalk

- 11.00 – 15.00 Uhr
- Kulturforum „Historisches U“  
An der Kürassierkasernen 9 · 17309 Pasewalk

#### EhrenamtMesse für den Landkreis Vorpommern-Greifswald und die Hansestadt Greifswald

- Marion Lass
- 03973-438412
- marion-lass@drk-uer.de

### 30. März 2019 · Samstag · Stralsund

- 10.00 – 12.00 Uhr Workshops · 12.30 – 16.00 Uhr Messe
- Rathaus der Stadt Stralsund  
Alter Markt 10 · 18408 Stralsund

#### EhrenamtMesse für den Landkreis Vorpommern-Rügen und die Hansestadt Stralsund

- Katja Mann
- 038326-2295
- ehrenamt@drk-nvp.de



## Fortsetzung von Seite 13

gängen die Veranstaltungen. Die 240 Aussteller konnten im vergangenen Jahr über 12 000 Besucher zählen. Ihren Besuch sagten in diesem Jahr Sozialministerin Stefanie Drese, Staatssekretär Nikolaus Voss und der Präsident des DRK-Landesverband, Werner Kuhn, zu, außerdem mehrere Landräte und Bürgermeister. Die Schirmherrschaft übernahm Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

„Mit den EhrenamtMessen verbinde ich eine Würdigung des großen und in den letzten Jahren gewachsenen bürgerschaftlichen Engagements in unserem Land“, hob die Sozialministerin hervor. Im freiwilligen En-



agement sei MV führend unter den östlichen Bundesländern. „Rund 43 Prozent der Bevölkerung engagieren sich bürgerschaftlich.“ Ein Besuch der Messen sei lohnenswert: „Hier können Interessierte herausfinden, welches Engagement zu ihnen passt und ihre Fragen direkt an die Aussteller richten.“ Neben der klassischen Messe haben sich mittlerweile neue Formen etabliert, etwa in Wismar, wo eine Integrierung in die Hanseschau erfolgt. Foren und Workshops organisiert die Ehrenamtsstiftung. Auftakt war am 23. Februar in Bad Doberan, es folgten Wismar, Ludwigslust und Demmin. Den Abschluss machen Pasewalk am 23. März im „Historischen U“ und Stralsund am 30. März im Rathaus-Keller. ■

**Ich bin in meiner Jugend mit alten Leuten umgegangen  
und gehe in meinem Alter mit Jungen um.**

**Das ist die Weise, wie der Mensch möglichst behaglich durch die Welt kommen mag.**

Wilhelm Raabe (1831-1910), dt. Schriftsteller

## Die Entscheidung war richtig

Fördermittelbescheid 2019 an die Ehrenamtsstiftung / Beratung unverzichtbar

Mehr als 2000 ehrenamtlich getragene Projekte hat die Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommern seit ihrer Gründung 2015 finanziell unterstützt. Empfänger waren Kunst- und Heimatvereine, Selbsthilfegruppen, Schulen und Umweltverbände, aber auch Kommunen. „Mindestens genauso wichtig wie die Gewährung von Zuschüssen ist unsere Beratung zum Vereinsrecht und zur Gemeinnützigkeit. Auf dieses Angebot greifen Ehrenamtler sehr stark zurück“, betonte Stiftungs-Geschäftsführer Jan Holze in Schwerin. In der Staatskanzlei hatte er zuvor von Manuela Schwesig den Fördermittelbescheid für 2019 in Höhe von 1,4 Millionen



Stiftung für Ehrenamt und  
bürgerschaftliches Engagement  
in Mecklenburg-Vorpommern

*Gutes tun in MV*



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig übergibt den Zuwendungsbescheid.

Foto: Viviane Offenwanger

Euro erhalten. Die Mittel, so Holze, würden zu je etwa einem Drittel zur Förderung von Vereinsaktivitäten, für Fortbildungen sowie zur Finanzierung der Stiftungsgeschäftsstelle eingesetzt.

„Ich kann mich noch gut erinnern, dass es heftige, teilweise auch sehr unsachliche Kritik gab, als mein Amtsvorgänger Erwin Sellering die Ehrenamtsstiftung 2015 auf den Weg gebracht hatte“, erinnerte Manuela Schwesig. „Heute ist diese Kritik verstummt.“ Die Stiftung festige mit ihrer Arbeit das bürgerschaftliche Engagement und den sozialen Zusammenhalt im Land. Sie ins Leben zu rufen, sei die richtige Entscheidung gewesen. ■

## Regelung verlangte Eile

EU-Richtlinie umgesetzt: Barrierefreier Zugang zu öffentlichen Infos

Der Landtag hat der Umsetzung einer EU-Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen zugestimmt. Mit einer Änderung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes wird das Sozialministerium ermächtigt, durch Rechtsverordnung die entsprechen-

den technischen, finanziellen, wirtschaftlichen und organisatorischen Maßgaben und Möglichkeiten zu regeln.

Sozialministerin Stefanie Drese hob die Eilbedürftigkeit der Umsetzung hervor, da die Europäische Kommission inzwischen ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

eingeleitet hat. Bund und Ländern drohen deshalb bei nicht fristgerechter Schaffung gesetzlicher Regelungen in ihren Behindertengleichstellungsgesetzen Strafzahlungen. „Es war gut und wichtig, dass Landesregierung und Landtag ein zügiges Gesetzgebungsverfahren durchgeführt haben. ■

## Professionell nur gemeinsam

Landesweite Fachtagung zur Qualität in der Medienbildung mit Projektergebnissen

Auf einer Fachtagung „Qualität in der Medienbildung“ informierten in Schwerin rund 60 Akteure über ihre medienpädagogischen Facharbeitsstellen. Dr. Ulrike Möller, stellvertretende Leiterin des Medienpädagogischen Zentrums im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, plädierte für eine eng miteinander verzahnte Zusammenarbeit schulischer

und außerschulischer Akteure in der Bildungslandschaft von MV, auch im Hinblick auf die Möglichkeiten des Digitalpaktes. Für eine gute Medienbildung sei eine interministerielle Kooperation notwendig.

Dr. Lars Schulhoff, Referatsleiter für Jugend im Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung, betonte die wachsende Bedeutung der außer-

schulischen Medienbildung für die Kinder- und Jugendhilfe. Digitale Rechte und Pflichten gehörten zwingend zur kompetenten Mediennutzung von Kinder- und Jugendlichen dazu. Dazu müssten Fachkräfte der Kinder- und Jugendbildung für Medienkompetenz gut ausgebildet werden. Das Modell-

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

und Strukturprojekt „Qualität in der Medienbildung“ der Landesarbeitsgemeinschaft Medien MV e. V. brachte eine verbesserte Vernetzung der Akteure durch regelmäßigen Austausch. Damit wurden das Ziel der Sicherung von Fachlichkeit in der medienpädagogischen Arbeit im Land verfolgt, vorhandene Fachkräftepotentiale weiterentwickelt und die Situation der medienpädagogischen Facharbeitsstellen im Land sichtbar gemacht.

Abschließend ging Bert Lingnau, Direktor der Medienanstalt MV, auf Perspektiven in der Medienbildung in MV ein. Klar wurde: An einem Fachkräfte-

programm zur Professionalisierung der Medienbildung führt kein Weg vorbei. Dies ist nur durch gemeinsame Anstrengung aller Pädagoginnen und Pädagogen und Medienkompetenzvermittelnden in Schule, Ausbildung und außerschulischer Bildung möglich.

Julia Lass

## Neue ehrenamtliche Gutachter gesucht

Gutachterin aus Mecklenburg-Vorpommern ist stolz auf ihre Arbeit

Die Heimverzeichnis gGmbH aus Frankfurt am Main ist eine gemeinnützige und unabhängige Gesellschaft, die die Lebensqualität von Bewohnerinnen und Bewohnern in Senioren- und Pflegeeinrichtungen mit dem Zertifikat „Grüner Haken“ auszeichnet. Ihre Gutachterinnen und Gutachter sind vertraut mit der besonderen Lebenssituation älterer Menschen und haben ihre Gegebenheiten und Bedürfnisse besonders im Blick. In Gesprächen mit Bewohnervertretern und Leitungskräften verschaffen sie sich ein persönliches Bild von der Einrichtung. Bei der Begehung betrachten sie die Einrichtung mit den Augen eines Menschen, der für sich oder einen Angehörigen ein neues Zuhause sucht.

Natürlich werden diese im Vorfeld geschult, und haben die Möglichkeit, bei einer Hospitation zu prüfen, ob ihnen diese Tätigkeit liegt.

Auf der Homepage [www.heimverzeichnis.de](http://www.heimverzeichnis.de) im Blog unter „Gutachter\*innen im Portrait“, stellen sich einige ehrenamtlichen Gutachterinnen

und Gutachter in kleinen Portraits vor. Wer an einer Gutachtertätigkeit interessiert ist, meldet sich bitte unter Tel. 069 / 7167588-0 oder [info@heimverzeichnis.de](mailto:info@heimverzeichnis.de).

Eine der langjährig bereits tätigen Gutachterinnen aus Mecklenburg-Vorpommern ist Karin Lechner.

„Die Qualität in Senioren- und Pflegeeinrichtungen hinsichtlich der Verbraucherfreundlichkeit und verschiedener Kriterien im Detail für die Bewohnerinnen und Bewohner im Blick zu haben, das ist meine Aufgabe als Gutachterin“, so Karin Lechner, die Vorsitzende des Kreissenorenbeirats Nordwestmecklenburg und Vorsitzende des Beirats in Wismar. Sie folgte damals einem Aufruf der gemeinnützigen und unabhängigen Gesellschaft „Heimverzeichnis“, die die Lebensqualität von Bewohnerinnen und Bewohnern in Senioren- und Pflegeeinrichtungen mit dem Zertifikat „Grüner Haken“, auszeichnet

Karin Lechner fährt fort: „Seit April 2009 bin ich als Vertreterin des Landessenorenbeirats für das Pro-

jekt Der grüne Haken erfolgreich geschult worden. Die Begutachtung der Heime wird online durch eine sehr gute Vorarbeit von den Kolleginnen in Frankfurt am Main vorbereitet. Für jede Begutachtung wird das Fahrgeld erstattet, außerdem gibt es 60 oder 70 Euro als Aufwandsentschädigung.“ Sollte das Heim zu weit vom Heimatort entfernt sein, zahle das „Heimverzeichnis“ auch eine Übernachtung. Alle Bedingungen können auf der Homepage der Gesellschaft eingesehen oder telefonisch erfragt werden. „Viele Pflegeheime habe ich in den Jahren meiner Gutachtertätigkeit kennengelernt. Dabei waren es immer rege und sehr nette Gespräche mit der Leitung, dem Heimbeirat sowie mit den Bewohnern. Stolz macht es mich, wenn ich kleine Fehler bemängelte, die bis zur nächsten Prüfung in Ordnung gebracht wurden. Auch bei den Gutachterinnen und Gutachtern ist ein Generationswechsel notwendig. Bewerben Sie sich und lassen sich ausbilden – es kommt uns allen zu Gute!“ ■

## Neue Webseite: „TV für Alle“

Barrierefreie Fernsehangebote können jetzt leichter gefunden werden

Der gemeinnützige Berliner Verein Sozialhelden startete in Kooperation mit den Medienanstalten, der ARD, dem ZDF und dem VAUNET (Spitzen-

verband der privaten audiovisuellen Medien in Deutschland) das Inklusions-Projekt „TV für Alle“. Die neue Webseite [www.tvfueralle.de](http://www.tvfueralle.de) zeigt im

elektronischen Programmführer eine Übersicht der barrierefreien TV-Angebote in Deutschland und erleichtert so das Suchen und Finden von

TV-Sendungen mit Untertiteln und Audiodeskription.

Menschen mit Behinderungen nutzen für ihre mediale Information und Unterhaltung überwiegend das Fernsehen. Laut einer Studie im Auftrag der Medienanstalten und der Aktion Mensch ist das Fernsehen deren Hauptmedium für die gesellschaftliche Teilhabe. Neben Informationen und Nachrichten werden auch Unterhaltungs- und Service-Sendungen gern angeschaut, um „mitreden“ und teilhaben zu können.

Bereits heute sind zahlreiche Sendungen des deutschen Fernsehens in barrierefreier Fassung verfügbar. Mit der neuen digitalen und barrierefreien Programmzeitschrift „TV für Alle“ lässt sich die Senderübersicht nach barrierefreien TV-Angeboten für Menschen mit Seh- oder Hörbehinderungen filtern. „Aktuelle Fernsehzeitschriften haben zwar oft einen kleinen Hinweis, ob es zu der Sendung Untertitel oder Audiodeskriptionen gibt, aber eine kompakte und filterbare Abbildung zu diesen Ange-

boten bestand bisher leider nicht“, erklärt Sozialhelden-Vorstand und „TV für Alle“-Projektleiter Raul Krauthausen. Informationen zu TV-Angeboten in deutscher Gebärdensprache sollen bald folgen. „Oft werden solche Inhalte erst nach Ausstrahlung im Fernsehen in einer Gebärdensprachfassung in die Mediatheken der Sender eingestellt. Eine entsprechende Verlinkung auf diese Inhalte wollen wir in einer weiteren Ausbaustufe von „TV für Alle“ vornehmen.“

## Angesprochen sind auch die Älteren

200.000 Euro gibt es in diesem Jahr für die Medienbildung in MV

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern (MMV) fördert in diesem Jahr knapp 20 Projekte im ganzen Land, in denen Medienbildung und Medienkompetenz vermittelt werden. Das hat der Medienausschuss (MAMV), das Entscheidungsgremium der Medienanstalt, entschieden. Insgesamt stehen rund 200.000 Euro zur

Verfügung. Gefördert werden Projekte u. a. über das Internet, Computerspiele und die sogenannten sozialen Netzwerke, ebenso Seminare über Datenschutz, Mediensucht und Cybermobbing.

Unterstützt werden auch Projekte, in denen nicht nur Kinder, Jugendliche und Erwachsene, sondern auch

Seniorinnen und Senioren den praktischen Umgang mit Kameras, Licht und Aufnahmegeräten erlernen, um dann Fernseh- und Filmbeiträge oder eigene Radiosendungen zu produzieren, die auch in den Programmen der Offenen Kanäle des Landes gesendet werden können.

## Schlager auch auf Fischland und Darß

Vollprogramm radio B2 wird von Ahrenshoop aus gesendet

Seit dem 1. März ist das Schlagerprogramm von radio B2 auch in der Region Fischland-Darß-Zingst und an der dortigen südlichen Boddenküste zu hören. Durch den Medienausschuss wurde der gleichnamigen GmbH

in Berlin die terrestrische UKW-Frequenz 103,3 MHz mit 0,63 kW Sendeleistung zugewiesen (Senderstandort: Ahrenshoop). Das 24-stündige kommerzielle Vollprogramm mit regionalen Beiträgen war bisher nur

in den Stadtgebieten Schwerin, Rostock, Wismar, Greifswald und Stralsund zu empfangen.

Radio Paradiso hatte aus wirtschaftlichen Gründen am 30. September 2018 sein Programm eingestellt.

## Technische und smarte Helfer

Sie erleichtern den Alltag in der eigenen Wohnung

Technik hält vermehrt Einzug in die Wohn- und Lebensbereiche. So findet bereits jetzt ein Teil der Kommunikation zwischen Eltern, Kindern und Enkeln über Skype oder Soziale Netzwerke statt. Neben den folgen-

den Beispielen gibt es eine Vielzahl von weiteren technischen Helfern, die insbesondere ältere Menschen bei einer selbstständigen Lebensführung wirksam unterstützen können. Dafür bedarf es heutzutage keiner

großen Umbauten mehr in der Wohnung. Die technischen Geräte können nachträglich in der eigenen Wohnung angebracht werden.

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

### Wohnassistent (Hauszentrale)

Der Wohnassistent bietet eine umfassende Steuerung und Verwaltung der Wohnung – von der Alarmanlage über die Licht- und Heizungssteuerung bis hin zur Kommunikation mit der Familie, der Pflegekraft oder dem Hausmeister. Er verbindet alle Geräte in der Wohnung miteinander und bietet Unterstützungsbedarf, wenn eine Hilfssituation eintritt.

### Wasserstandsmelder

Sie haben vergessen, das Wasser abzustellen? Kein Problem. Beim Überreten von Wasser werden Sie daran erinnert und können rechtzeitig reagieren, bevor ein größerer Wasserschaden entsteht.

### Funksteckdose

Wer gern morgens mit Musik aufwacht, kann über das Einstecken des Radios in eine Funksteckdose einen Timer einstellen, um sich mit Musik wecken zu lassen. Auch beim morgendlichen Bügeln erkennt die Steckdose, wenn vergessen wurde, das Bügeleisen auszustellen und schaltet es automatisch ab.

### Herdabschaltung

Sie haben Ihre Wohnung verlassen und wissen nicht mehr, ob Sie den Herd abgestellt haben? Sensoren am Herd erkennen eine Gefahrensituation und schalten den Herd automatisch ab, bevor ein Brand entsteht.

### Lichtsignalanlage

Für Hörbehinderte ist es notwendig, dass die wichtigsten und gebräuchlichsten akustischen Signale im Wohnumfeld in optische Signale, wie etwa Licht, umgewandelt werden. Nur so werden Türklingel, Telefon, Babyfon oder ein anderer Alarm über ein Blitzlicht in der Wohnung wahrgenommen.



von links: Hauszentrale, Hilferuf-Knopf und Funksteckdose (Quelle: casenio)



### Mobil & Sicher im Alter

Hilfen für Zuhause und Unterwegs

### Wecker mit Vibrationskissen

Ansteigende Helligkeit lässt Sie sanft erwachen, um natürlich in den Tag zu starten. Wer dann noch nicht wach ist, wird durch Vibration unter dem Kopfkissen geweckt.

### Funk-Rauchmelder

Der Funk-Rauchwächter gibt bei Erkennung von Rauch ein akustisches Warnsignal von sich und überträgt gleichzeitig Funksignale an alle Funkempfänger, wie Blitzlampen, Wecker oder angeschlossene Vibrationskissen im Umfeld. Damit wird dieser Melder im Notfall zum Lebensretter.

### Intelligenter Heizungsthermostat

Mit der individuellen Wohlfühltemperatur in den eigenen vier Wänden ist es doch am schönsten. Ob automa-

tisch über den Timer eingestellt oder schnell über das Display – die richtige Temperatur lässt sich leicht finden. Auch beim Öffnen des Fensters wird die Temperatur automatisch abgeregelt und beim Schließen wieder auf die Wohlfühltemperatur eingestellt.

### Lichtsteuerung bei Nacht

Mit dem Bett-Belegt-Sensor oder einem Bewegungsmelder ist der Weg zur Tür sicherer, denn mit dem Aufstehen schaltet sich das Licht automatisch ein.

### Tür- und Fenstersensoren

Beim Verlassen der Wohnung und dem Einschalten der Alarmanlage wird künftig kein offenes Fenster mehr vergessen. Ihr Wohnassistent erinnert Sie über noch offene Fenster oder das Verlassen der Wohnung zu ungewöhnlichen Zeiten, beispielsweise in der Nacht.

### Staubsaugerroboter

Staubsaugen kann lästig sein – vor allem, wenn man viel lieber auf der Couch sitzen würde oder draußen unterwegs wäre. Mittlerweile gibt es gute und günstige Staubsaugerroboter, die Ihnen diese Arbeit vollständig abnehmen.

### Hilferuf-Knopf

Der Hilferuf-Knopf ist speziell auf hilfebedürftige Menschen ausgerichtet. In einem Notfall kann Hilfe über das Drücken der roten Drucktaste gerufen werden. Über die Hauszentrale werden dann sofort die Angehörigen oder die Pflegekräfte informiert.

**Kompetente Beratung und weitere Informationen gibt die kommunale Beratungsstelle „Besser Leben im Alter durch Technik“ (ILWiA e.V.) in der Brandteichstraße 20, 17489 Greifswald, Telefon: (03834) 550115; E-Mail: info@ilwia.de, www.ilwia.de. Besichtigung der Musterwohnung (nur über Anmeldung!) im Wohnpark Pappelallee, Makarenkostraße 38-40, 17491 Greifswald. ■**

## Extrem hoher Beratungsbedarf

### Zweiter Pflegestützpunkt in Rostock / Außenstelle Südstadt ist seit Januar eigenständig

In der Hanse- und Universitätsstadt Rostock gibt es jetzt zwei Pflegestützpunkte. War im Juni 2011 im Stadtteil Lütten Klein der erste Stützpunkt der Hansestadt eröffnet worden, so folgte zwei Jahre später die Einrichtung einer Außenstelle in der Südstadt. Aus dieser Beratungsstelle ist mit Jahresbeginn ein eigenständiger zweiter Pflegestützpunkt geworden. „Wir stellen täglich in unserer Stadt einen extrem hohen Beratungsbedarf von Bürgerinnen und Bürgern rund um das Thema Pflege fest, Tendenz steigend“, betont Steffen Bockhahn, Senator für Jugend, Soziales und Asyl, Gesundheit, Schule und Sport. „Um die häusliche und ambulante Pflege vor Ort weiter zu stärken, müssen wir uns mit unseren Partnern in der Stadt noch stärker vernetzen. Mit zwei eigenständigen Pflegestützpunkten können wir diese Aufgaben wesentlich flexibler bewältigen.“

Die Mehrzahl der pflegebedürftigen Personen in Rostock wird zu Hause betreut – entweder ausschließ-

lich durch Angehörige oder mit Hilfe eines ambulanten Pflegedienstes. Besonders die pflegenden Angehörigen, die oft an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit sind, brauchen deshalb kompetente und unabhängige Beratungs- und Hilfsangebote. Aufgabe der Pflegestützpunkte ist es, Betroffenen und ihren Angehörigen



eine zentrale Anlaufstelle und eine unabhängige Beratung und Unterstützung zu bieten. Ganz wichtig ist: Die Teams der Pflegestützpunkte sind auch darauf eingestellt, Bürgerinnen und Bürger zu Hause zu besuchen, um dort alle notwendigen Gespräche zu führen und Hürden in der Häuslichkeit abzubauen.

„Die Experten der Pflegestützpunkte kennen die Stadt und die Stadtteile bestens“, sagt Frank Ahrend, Mitglied der Geschäftsleitung bei der

AOK Nordost. Der Stützpunkt in der Rostocker Südstadt könne jetzt eigenständig wirken und hier den absehbar steigenden Bedarf an Unterstützung noch gezielter organisieren.“

Auch für Kirsten Jüttner, Leiterin der Landesvertretung des Verbands der Ersatzkassen, ist die Errichtung von Pflegestützpunkten in MV eine Erfolgsgeschichte. Auch für sie steht besonders das Thema Vernetzung aller Partner ganz oben auf der Agenda, um eine neutrale, qualitativ hochwertige Beratung und Unterstützung zu garantieren. Kontaktdaten der Pflegestützpunkte:

*Öffnungszeiten: dienstags 9 bis 12 Uhr und 13.30 bis 17.30 Uhr, donnerstags 9 bis 12 Uhr und 13.30 bis 16 Uhr; Standort Lütten Klein Warnowallee 30, 18107 Rostock, Telefon: (0381) 381-1507/1508, pflegestützpunktnord@rostock.de; Standort Südstadt Erich-Schlesinger-Straße 28, 18059 Rostock, Tel. (0381) 381-1506/1509, pflegestützpunkt@rostock.de; Internet www.pflegestützpunkttemv.de* ■

## Für den Verbleib in der Häuslichkeit

### Es gibt Zuschüsse zum Wohnungsumbau bei Pflegebedürftigkeit

Wenn Menschen plötzlich Pflege benötigen, wird ihnen oft klar, dass ihre Wohnung nicht pflegerecht ist. Dann verhindern beispielsweise Türschwelle das Fortbewegen in der Wohnung mit dem Rollstuhl, oder die Badewanne kann wegen Einschränkungen in der Beweglichkeit nicht mehr genutzt werden. Ein Auszug aus der Wohnung kommt für viele Menschen dennoch nicht in Frage, und das ist oftmals auch nicht nötig. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die eigenen „Vier Wände“ an die veränderten Bedürfnisse anzupassen.

Die typischen Umbauten für die Pflege zu Hause sind: Badumbauten (Dusche statt Wanne), ebenerdiger Zugang zur Dusche, Türverbreiterungen für den Rollator oder den Rollstuhl,



das Beseitigen von Türschwellen oder auch Anbringen von festen Rampen. Die Pflegekasse kann nach Prüfung finanzielle Zuschüsse für „Maßnahmen zur Verbesserung des individuellen Wohnumfelds“ des Pflegebe-

dürftigen leisten, wenn dadurch die häusliche Pflege ermöglicht oder erheblich erleichtert oder eine möglichst selbstständige Lebensführung des Pflegebedürftigen wieder hergestellt wird. Es besteht jedoch kein Rechtsanspruch darauf. Die Bewilligung selbst und der Bewilligungsumfang liegen im Ermessen der Pflegekasse. Voraussetzung ist weiterhin, dass durch die Pflegekasse ein Pflegegrad gewährt wurde.

Für den Verbleib in der Häuslichkeit können diese Umbaumaßnahmen da-

*Fortsetzung auf Seite 20*

Fortsetzung von Seite 19

her nur in der eigenen Wohnung oder in dem Haushalt, in dem der Pflegebedürftige aufgenommen wurde (z.B. Haushalt der Tochter), ausgeführt werden. In Alten- und Pflegeheimen sowie in Wohneinrichtungen, wie zum Beispiel ambulant Betreutes Wohnen, besteht kein Anspruch auf Kostenzuschuss durch die Pflegekasse.

Die Zuschüsse können bis zu 4.000 Euro je Maßnahme gewährt werden. Leben mehrere Pflegebedürftige in einer gemeinsamen Wohnung, dürfen die Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung des gemeinsamen Wohnumfelds 4.000 Euro je Pflegebedürftigen nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag je Maßnahme ist auf 16.000 Euro begrenzt. Alle Maßnah-

men, für die ein Zuschuss begehrt wird, sind vorher bei der Pflegekasse zu beantragen. Der Zuschuss muss vor Beginn der Baumaßnahme bewilligt sein. Alle mietvertraglichen und baurechtlichen Fragen müssen auf Seiten des Pflegebedürftigen geklärt sein.

Wichtig ist auch: In einer Mietwohnung sind die Umbauten fast immer von der Genehmigung des Vermieters abhängig. Allerdings darf die Genehmigung nur in Ausnahmefällen verweigert werden. Dafür hat der Vermieter einen Anspruch auf Rückbau, wenn der Mieter auszieht, und kann hierfür eine Sicherheitsleistung verlangen, die den Rückbaukosten entspricht. Alternativ zu nötigen Umbaumaßnahmen kann auch ein Umzug in eine den Anforderungen des Pflegebedürftigen entsprechende Wohnung bezuschusst werden.

Die Pflegestützpunkte beraten nicht nur zum Thema Wohnumfeldverbessernde Maßnahmen, sondern zu allen weiteren Themen rund um die Pflege und soziale Leistungen. Im Landkreis Vorpommern-Rügen gibt es seit Sommer 2018 an drei Standorten:

- Ribnitz-Damgarten, Gänsestraße 2, Tel. 03831/357-1807, -1808;
- Bergen auf Rügen, Gingster Chaussee 5a, Tel. 03831/357-1803, -1804;
- Stralsund, Marienstraße 1, Tel. 03831/357-1801, -1802.

Öffnungszeiten Ribnitz-Damgarten und Stralsund: dienstags 9 bis 12 und 13.30 bis 18 Uhr, donnerstags 9 bis 12 und 13.30 bis 16 Uhr;

Öffnungszeiten Bergen auf Rügen: dienstags 8 bis 12.30 Uhr, donnerstags 8 bis 12.30 und 14 bis 18 Uhr.

[www.PflegestuetzpunkteMV.de](http://www.PflegestuetzpunkteMV.de) ■

## Heizkostenabrechnung – immer wieder rätselhaft

Sie ist für Viele ein Buch mit sieben Siegeln – Aber das muss nicht sein

Der Schock sitzt, wenn Vermieter oder Energieanbieter mit der Jahresabrechnung gleich mehrere Hundert Euro Heizkosten erstattet haben wollen. Für Viele ein Grund, sich die Zahlen etwas genauer anzusehen.

### **Sind der Abrechnungs- und der Nutzungszeitraum korrekt angegeben?**

Wenn der Nutzungszeitraum wegen eines Mieterwechsels kürzer ist als der komplette Abrechnungszeitraum (in der Regel ein Jahr), sollte geprüft werden, ob das Datum des Wechsels korrekt in die Abrechnung übernommen wurde. Da ein Teil der Heizkosten (30 bis 50 Prozent) in der Regel nach der Wohnfläche verteilt wird, muss eine rechnerische Aufteilung dieser sogenannten Grundkosten auf zwei oder mehrere Zeitabschnitte des gesamten Abrechnungszeitraums erfolgen. Da sich der Heizenergieverbrauch entsprechend dem Witterungsverlauf im Kalenderjahr verhält, werden die

Grundkosten mit Hilfe eines festgelegten Rechenverfahrens auf die einzelnen Monate bzw. Tage verteilt. Dabei wird der langjährige durchschnittliche Witterungsverlauf berücksichtigt. Hierbei werden sogenannte Gradtagszahlen verwendet. Falls beim Mieterwechsel keine Zwischenablesung vorgenommen wurde, werden auch die Verbrauchskosten mit Hilfe dieses Verfahrens aufgeteilt. Eine einfache zeitbezogene Aufteilung ist bei den Heizkosten nicht zulässig.

### **Sind sowohl die Gesamtenergiebezugsmenge als auch die zugehörigen Kosten angegeben?**

Bei leitungsgebundenen Energieträgern (Erdgas, Fernwärme, Strom) ist die Angabe des gesamten Energieverbrauchs des Gebäudes relativ einfach anzugeben. Bei Energieträgern, wie Heizöl, Flüssiggas oder Holz, ist die Bestimmung der Energieverbrauchsmenge schwieriger.

### **Liegen die Energiebezugskosten pro Einheit in einer plausiblen Größenordnung?**

Um dies festzustellen, teilt man einfach die Energiekosten durch die gelieferte Energiemenge. Dabei kann man sich an folgenden Preisen (Stand: Juni 2018) orientieren. Erdgas: 5 bis 6 Cent pro kWh, Heizöl: 65 bis 75 Cent pro Liter (2017), aktuell: 80 Cent pro Liter Fernwärme: 70 bis 120 Euro pro MWh Flüssiggas: 40 bis 60 Cent pro Liter.

### **Wurde bei Heizöl, Flüssiggas und Holzpellets das Prinzip „First in – First out“ bei der Berechnung des Gesamtverbrauchs und der Gesamtkosten berücksichtigt?**

Da der Heizölanfangsbestand und eine oder mehrere Heizöllieferungen auf unterschiedlichen Preisen pro Liter basieren, muss es ein nachvollziehbares Verfahren bei der Kostenberechnung des Gesamtverbrauchs

Fortsetzung auf Seite 22



Vitanas

# LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen  
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche  
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung  
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen  
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.  
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

Länger  
besser  
leben!

**Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark**  
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde  
☎ (039771) 201 - 0 | [www.vitanas.de/amtierpark](http://www.vitanas.de/amtierpark)

**Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark**  
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg  
☎ (0395) 563 98 - 0 | [www.vitanas.de/amkulturpark](http://www.vitanas.de/amkulturpark)

**Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark**  
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg  
☎ (0395) 425 62 - 100 | [www.vitanas.de/amkulturpark](http://www.vitanas.de/amkulturpark)

Fortsetzung von Seite 20

geben. Hier darf z. B. nicht einfach ein Durchschnittswert gebildet werden, sondern man geht davon aus, dass das Heizöl in der Reihenfolge seiner Anlieferung verbraucht wird. Mit Hilfe eines Taschenrechners lässt sich das relativ leicht prüfen. Wird das sogenannte „first in – first out“-Prinzip richtig angewendet, ergeben sich die passenden Werte für die Bewertung des Restbestands und damit auch für die Kosten des Brennstoffverbrauchs.

### **Sind die Werte für Anfangs- und Restbestand bei Heizöl und Flüssiggas plausibel?**

Es kann z. B. nicht sein, dass der Rest- und der Anfangsbestand jeweils bei Null liegen, oder dass jedes Jahr die gleichen Werte für Anfangs- und Restbestand genannt werden. Außerdem müssen die Werte für den Anfangsbestand mit den Werten für den Restbestand der vorherigen Abrechnung übereinstimmen.



### **Sind bei den Heizungsbetriebskosten nur zulässige Positionen aufgeführt?**

In der Heizkostenverordnung ist genau und abschließend festgelegt, welche Heizungsbetriebskosten umgelegt werden dürfen. Dies sind:

- Die Kosten für den Betriebsstrom der Heizung.
- Die Kosten für die Wartung der Heizungsanlage.
- Die Kosten für den Schornsteinfeger inklusive der Emissionsmessung.
- Die Kosten für die Bedienung, die Überwachung und die Pflege der Heizung.
- Die Kosten für die Überlassung der Erfassungsgeräte (Kosten für Miete, Leasing und Eichung der Geräte).
- Die Kosten für die Erstellung der Abrechnung und eine Verbrauchsanalyse.

Als Mieter hat man das Recht zur Prüfung sämtlicher Rechnungen und Unterlagen, die die Grundlage für die Kostenaufstellung sind. Der Vermieter muss auf Verlangen Einsicht in die Originalbelege gewähren. Ein Anspruch auf Zusendung von Kopien sämtlicher Rechnungen und Unterlagen besteht nur dann, wenn dem Mieter die Einsichtnahme im Büro des Vermieters oder der Verwaltung nicht zuzumuten ist (Entfernung, Alter, Krankheit).

### **Liegen die Betriebsstromkosten in einer plausiblen Größenordnung?**

Diese sollten bei drei bis sechs Prozent der Brennstoffkosten liegen. Liegen sie höher, besteht der Verdacht, dass sonstige Allgemenstromkosten (Treppenhaus- und Außenbeleuchtung etc.) hier einbezogen sind, was nicht zulässig ist. Diese Kosten können über die allgemeine Nebenkostenabrechnung verteilt werden.

(Wird fortgesetzt)

## Betrug an der Haustür

### Die Polizei rät Senioren: Seien Sie Fremden gegenüber misstrauisch – Teil II

„Im Fokus dreister Betrüger“ hieß der erste Teil des Polizei-Ratgebers im vorigen *Seniorenkurier*.

„Betrug an der Haustür“ ist eine weitere Methode, um insbesondere älteren Menschen überteuerte Leistungen oder Produkte zu verkaufen. Die Täter treten in ganz unterschiedlichen Rollen auf: Mal geben sie sich als seriös gekleidete Geschäftsleute, mal werden sie als Handwerker in Arbeitskleidung, als Hilfsbedürftiger oder sogar als angebliche Amtsperson vorstellig. Auch hier gilt:

- Schauen Sie sich Besucher vor dem Öffnen der Tür durch den Türspion oder durchs Fenster genau an.
- Öffnen Sie die Tür nur bei vorgelegtem Sperrriegel.
- Lassen Sie keine Fremden in Ihre

Wohnung. Bestellen Sie Unbekannte zu einem späteren Zeitpunkt wieder, bei dem eine Vertrauensperson anwesend ist.

- Wehren Sie sich energisch gegen zudringliche Besucher, sprechen Sie sie laut an oder rufen Sie um Hilfe.
- Verlangen Sie von Amtspersonen grundsätzlich den Dienstausweis und prüfen Sie ihn sorgfältig auf Druck, Foto und Stempel.
- Rufen Sie im Zweifel vor dem Einlass die entsprechende Behörde an. Suchen Sie deren Telefonnummer selbst heraus.
- Lassen Sie nur Handwerker in Ihre Wohnung, die Sie selbst bestellt haben oder die von der Hausverwaltung angekündigt worden sind.
- Unterschreiben Sie nichts unter Zeit-

druck und lassen Sie sich weder beeindruckt noch verwirren.

- Lesen Sie Vertragsbedingungen gründlich durch und lassen Sie sich diese bei Bedarf erklären.
- Leisten Sie keine Unterschriften für angebliche Geschenke oder Besuchsbestätigungen.
- Treffen Sie mit Nachbarn, die tagsüber zu Hause sind, die Vereinbarung, sich bei unbekanntem Besuchern an der Wohnungstür gegenseitig Beistand zu leisten.
- Denken Sie daran: Banken, Sparkassen, Polizei oder andere Behörden schicken Ihnen nie „Geldwechsler“ oder „Falschgeld-Prüfer“ ins Haus. Verständigen Sie über das Auftauchen derartiger Personen umgehend die Polizei.

Hintergrund dieser speziellen Informationen für lebensältere Menschen ist auch, dass die Angst von Seniorinnen und Senioren vor krimineller Bedrohung in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist. Viele Studien belegen dies. Die Tatsache, dass ältere Menschen im Vergleich zu anderen Altersgruppen deutlich weniger häufig Opfer von Straftaten werden, beruhigt sie nur wenig. Ihre subjektive Wahrnehmung schränkt ihr Sicherheitsgefühl ein und wirkt sich so auch auf ihre Lebensqualität aus.

Weitere Informationen, welche Kriminalitätsrisiken es gibt und wie sich Senioren schützen können, enthält die Broschüre „Sicher Leben. Ratgeber für Ältere und Junggebliebene“. Die Broschüre ist kostenlos bei den Polizeilichen Beratungsstellen erhältlich oder herunterzuladen unter: <https://www.polizei-beratung.de/medienangebot/thema/betrug/>

Es gibt ein Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK). Es verfolgt das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Me-

dien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht unter anderem durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie durch die Herausgabe von Medien, Maßnahmen und Konzepten, die die örtlichen Polizeidienststellen und andere Einrichtungen, zum Beispiel Schulen, in ihrer Präventionsarbeit unterstützen. Weitere Informationen: [www.polizei.mvnet.de](http://www.polizei.mvnet.de) und [www.polizei-beratung.de](http://www.polizei-beratung.de) ■

## Landesseniorenbeirat ist dabei

Senioren-sicherheitsberater sind auch in diesem Jahr aktiv

Das in den letzten Jahren erfolgreich durch das Landeskriminalamt, die Polizeiinspektionen des Landes, die Kreispräventionsräte und den Landesseniorenbeirat gemeinsam umgesetzte Projekt „Senioren-sicherheitsberater“ wird auch 2019 fortgesetzt. Zu Beginn des Jahres erhielt der Landesseniorenbeirat den Förderbescheid vom Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung MV für dieses Jahr. Hinzu kommt eine Zuwendung der Provinzial Versicherung.

Ehemalige Polizisten aus den Polizeipräsidien und vier Pensionäre aus dem LKA beraten ehrenamtlich Senioren, damit diese nicht Opfer von Betrügern und Gaunern werden. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten können Senioren-sicherheitsberater für Präventionsveranstaltungen von Seniorengruppen kostenlos angefordert werden. Neben diversen Kriminalitätsrisiken geht es auch um das Verhalten und die Gefahren im Straßenverkehr.

Im letzten Jahr erbeuteten falsche Enkel, Polizisten, Handwerker oder sonstige Gauner wieder größere Summen vom Ersparnen der Seniorinnen und Senioren. Die Senioren-sicherheitsberater wissen, wie raffiniert und flexibel Kriminelle vorgehen, um an Geld

und Wertgegenstände von älteren Menschen zu gelangen. Deshalb richten sie ihre Beratungstätigkeit darauf aus:

- Verhaltenstipps an der Haustür – Vorsicht, wenn Fremde läuten
- Achtung: Falsche Enkel, Polizisten, Handwerker, Rechtsanwälte u. ä.
- Betrügerische Handwerkerkolonnen
- Betrügerische Gewinnbenachrichtigungen
- Taschendiebstahl auf Straßen und im dichten Gedränge
- Straßenraub

- Sicher fahren in Bussen und Bahnen
- Einbruchschutz für Haus und Wohnung
- Möglichkeiten der Zivilcourage und Nachbarschaftshilfe

Die Kontakte zu den Senioren-sicherheitsberatern werden über die Kreispräventionsräte hergestellt. Beratungsveranstaltungen können durch die kostenlose Anforderung von Musikern des Landespolizeiorchesters musikalisch umrahmt werden. Über den Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung (LfK) erhält der Landesseniorenbeirat als Projektträger in diesem Jahr für das landesweite Projekt 9.000 Euro. Damit zählt es zu den größten Präventionsprojekten, die eine Förderung durch den LfK erhalten. Mit einer jährlichen Zuwendung von 1.000 Euro unterstützt auch die Provinzial Versicherung dieses Projekt. 2018 wurden landesweit durch 23 Senioren-sicherheitsberater auf 157 Veranstaltungen insgesamt über 4000 ältere Menschen in Vereinen, Institutionen, in Pflegeheimen und dem betreuten Wohnen verschiedener Träger auf Kriminalitätsrisiken im Alter hingewiesen.

Projekt Senioren-sicherheits-  
berater wird finanziert durch:

**PROVINZIAL**



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung  
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter [www.kriminalpraevention-mv.de](http://www.kriminalpraevention-mv.de)

Fortsetzung auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

### Kontaktdaten für Senioren-sicherheitsberater:

#### **Schwerin:**

Kommunaler Präventionsrat der Landeshauptstadt Schwerin, Büro des Oberbürgermeisters, Am Packhof 2-6, 19053 Schwerin, Tel.: 0385 5451003, E-Mail: ob@Schwerin.de

#### **Rostock:**

Hansestadt Rostock, Kommunaler Präventionsrat, Neuer Markt 1 (Rathausanbau), 18055 Rostock. Tel.: 0381 3815450, E-Mail: praeventionsrat@rostock.de

#### **Landkreis Rostock:**

Büro für Chancengleichheit, Am

Wall 3-5, 18273 Güstrow, Tel.: 03843 75512400, E-Mail: Marion.Starck@lk-ros.de

#### **Landkreis Nordwestmecklenburg:**

Der Präventionsrat des Landkreises Nordwestmecklenburg. Rostocker Straße 76, 23970 Wismar, Tel.: 03841 30405192, E-Mail: M.Freese@nordwestmecklenburg.de

#### **Landkreis Ludwigslust-Parchim:**

Kriminalpräventionsrat des Landkreises Ludwigslust Parchim, Putlitzer Straße 25, 19370 Parchim, Tel.: 03871 7221605, E-Mail: Anett.Nuklies@kreis-lup.de

#### **Landkreis Mecklenburgische Seenplatte:**

Der Präventionsrat des Landkreises

Mecklenburgische Seenplatte, Platanenstraße 43, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395 570 875 033, E-Mail: angelika.wiedemann-rudolph@lk-seenplatte.de

#### **Landkreis Vorpommern-Rügen:**

Der Präventionsrat des Landkreises Vorpommern-Rügen, Carl-HeydemannRing 67, 18437 Stralsund, Tel.: 03831 3571231, E-Mail: Kati.Bischoff@lk-vr.de

#### **Landkreis Vorpommern-Greifswald:**

Der Präventionsrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald, Koordinator Präventionsrat, An der Kürassierkaserne 9, 17309 Pasewalk, Tel.: 03834 87602737, E-Mail: Boerge.Glawe@kreis-vg.de ■

## Mehr Lebensqualität im Alter

Unter dem Titel „Im Alter IN FORM – ausgewogene Ernährung, mehr Bewegung und aktive Teilnahme in Kommunen Ebene fördern“ bietet die BAGSO Schulungen für Haupt- und Ehrenamtliche in der Seniorenarbeit an. Damit sollen Angebote unterstützt werden, die älteren Menschen den Zugang



zu einer ausgewogenen Ernährung, zu mehr Bewegung und aktiver Teilnahme ermöglichen. Ziel ist, das Wohlbefinden im fortschreitenden Alter so gut wie möglich zu erhalten und damit die Lebensqualität zu verbessern. Ein neuer Schwerpunkt wird bei der Verpflegung in Gemeinschaftseinrichtungen gesetzt.

Das Projekt wird bis Mitte 2021 vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gefördert. Kooperationspartner sind die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, der Deutsche Turner-Bund und die Deutsche Gesellschaft für Alterszahnmedizin. Detaillierte Informationen zu allen Angeboten gibt es auf der Internetseite [www.im-alter-inform.de](http://www.im-alter-inform.de). ■

## 70 Jahre Menschenrechtserklärung

Anlässlich der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen vor 70 Jahren mahnt die BAGSO an, dass die Rechte aller Menschen weltweit gestärkt werden. Sie lenkt den Blick auf die Situation älterer Menschen weltweit und fordert, dass auch ihre Rechte besser geschützt werden. Der Dachverband von mehr als 100 Seniorenorganisationen in Deutschland unterstützt deshalb den internationalen Prozess zur Schaffung einer UN-Konvention für die Rechte älterer Menschen.

Weltweit gibt es erhebliche Rechtslücken beim Schutz Älterer. So mangelt es in vielen Ländern an sozialer Sicherheit für ältere Menschen und an der Versorgung Pflegebedürftiger. Auch der Schutz alter Menschen vor Gewalt und Missbrauch ist in vielen Ländern rechtlich nicht ausreichend abgesichert. Diskriminierungen aufgrund des Alters bestehen in Finanzfragen, auf dem Arbeitsmarkt und durch negative Altersstereotype. Bei den Vereinten Nationen arbeitet die BAGSO aktiv an der Entwicklung einer UN-Konvention für ältere Men-

schen mit. Außerdem ist sie der Global Alliance for the Rights of Older People (GAROP) beigetreten, einem internationalen Zusammenschluss von über 200 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Rechte älterer Menschen einsetzen. Obwohl die Erklärung der Menschenrechte rechtlich nicht bindend ist, hat sie eine große politische Bedeutung entfaltet und war ein wichtiger Bezugsrahmen für die Ausarbeitung rechtlich verbindlicher UN-Konventionen wie der UN-Behindertenrechtskonvention. ■

## Versorgung muss wohnortnah sein

Auf den wachsenden Bedarf an altersmedizinischer, also geriatrischer Versorgung ist das deutsche Gesundheitssystem nicht hinreichend vorbereitet. In einem Positionspapier fordert die BAGSO deshalb den flächendeckenden Auf- und Ausbau geriatrischer Angebote. Sie müssen wohnortnah gewährleistet sein, um die angemessene Versorgung geriatrischer Patientinnen und Patienten sicherzustellen.

Ältere Menschen mit chronischen Krankheiten sollten von einem multiprofessionellen Behandlungsteam versorgt werden, das auch psychische und soziale Aspekte einbezieht. Zudem müssen die Anstrengungen zu Prävention und Rehabilitation verstärkt werden, auch bei Pflegebedürftigen. Die Geriatrie ist als eigenständige medizinische Fachrichtung an den Universitäten zu stärken, und altersmedizinische Kom-

petenzen brauchen in der Aus- und Fortbildung aller Gesundheitsberufe einen höheren Stellenwert. Leitlinien für die Behandlung von Krankheitsbildern sollten die besonderen Erfordernisse älterer Patientinnen und Patienten berücksichtigen. Die Wirkungen von Arzneimitteln, die älteren Menschen verordnet werden, sollen auch an älteren Menschen erprobt werden. ■

## Häusliche Pflege braucht frühzeitig Unterstützung

„Überforderung in der häuslichen Pflege von Anfang an vermeiden“ – über dieses Thema diskutierten der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Staatssekretär Andreas Westerfellhaus, und die BAGSO gemeinsam mit Betroffenen und Expertinnen und Experten. Dabei wurde klar: Es gibt bereits heute gute Angebote, unter anderem von Pflegekassen, Kommunen, der Selbsthilfe und der Seniorenorganisationen mit ausgezeichnete Beratung und Begleitung. Aber diese Angebote stehen meist

nicht flächendeckend zur Verfügung. Oft wird diese Hilfe erst zu spät gefunden oder angenommen. Dabei wären frühzeitige Beratung und Unterstützung der Schlüssel zur Prävention.

„Wenn es uns gelingt, frühzeitig die Türen für Unterstützung zu öffnen, dann werden Pflegebedürftige und ihre Familien entlastet“, sagte BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering. „Die Kommunen sollten ihren älteren Bürgerinnen und Bürgern diese aufsuchende Beratung und Unterstüt-

zung anbieten – nicht erst bei bestehender Pflegebedürftigkeit.“

Staatssekretär Andreas Westerfellhaus stellte seinen Vorschlag vor, zur zielgenauen Stärkung der häuslichen Pflege einen Ko-Pilot (Koordination-Pflege im Lot) in Form wiederholter aufsuchender Begleitung und Beratung zu etablieren. „Angelehnt ist diese Idee an die bereits bewährten Beratungs- und Betreuungsgespräche durch Hebammen bei den frischgebackenen Eltern“, erläuterte er. ■

## Alltag mit Tieren in der Pflege

Der GERAS-Preis 2018 der BAGSO ist an drei Pflegeeinrichtungen verliehen worden, die den Bewohnerinnen und Bewohnern in vorbildlicher Weise einen Alltag mit Tieren ermöglichen. Ausgezeichnet wurden Häuser in Wolfratshausen, Brandenburg an der Havel und Bad Freienburg. Einen Preis erhielten außer-

dem zwei junge Unternehmerinnen, die sich auf die therapeutische Arbeit mit Tieren in Pflegeheimen spezialisiert haben. Eine Fachjury unter Vorsitz von Prof. Dr. Ursula Lehr hatte die Preisträger aus 71 Vorschlägen ausgewählt.

„In den Einsendungen war häufig die Rede davon, dass der Kontakt zu ei-

nem Hund, zu einem Meerschweinchen oder zu einem Schaf ein Lächeln selbst in die Gesichter der Menschen zauberte, die ansonsten kaum noch Regungen zeigen“, sagte Ursula Lehr. „Es scheint wirklich so zu sein, dass Tiere etwas bewirken können, das uns Menschen versagt ist.“ ■

*Die Freiheit ist wie das Meer:*

*Die einzelnen Wogen vermögen nicht viel, aber die Kraft der Brandung ist unwiderstehlich.*

*Vaclav Havel (1936-2011), tschechischer Dramatiker, Essayist, Menschenrechtler und Politiker*

# LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

## Rück- und Ausblick in fünf Stunden



Günter Matschoß, 2. stellvertretender Landrat und Beigeordneter, informiert den Kreissenorenbeirat.

Fotos: Landkreis LWL-PCH

Auch die letzte Zusammenkunft des Kreissenorenbeirats 2018 forderte eine straffe Zeitplanung, denn die Themen waren sehr komplex: Umfangreich vorgestellt wurde die Stiftung Ehrenamt und bürgerliches Engagement, ihr Anliegen und die Arbeitsweise. Kompakt und aktuell zeigte sich der Überblick zum VLP-Rufbus der Verkehrsgesellschaft Ludwigslust/Parchim. Schließlich der gemeinsame Blick auf das zu Ende gehende Jahr. Im zweitgrößten Landkreis der Bundesrepublik begrüßte die Vorstandsvorsitzende Ilona Mundt-Schalk Beiratsmitglieder und Gäste im „Großen Solitär“ des Landratsamts in Parchim, unter ihnen Günter Matschoß, 2. stellvertretender Landrat und Beigeordneter, LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich und Barbara Borchardt, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Familien und Gesundheit des Kreistages. Dazu kamen Franz Schäfer, Justiziar der Ehrenamtsstiftung, und Stefan Lösel, Geschäftsführer der VLP-Verkehrsgesellschaft.

Ehrenamt ist unbezahlbar! Diesem Grundsatz folgten die Grußworte mit der Würdigung des Engagements der Frauen und Männer in ihren Beiräten der Städte und Gemeinden. In den derzeit unruhigen Tagen sowie in den aktuellen Herausforderungen in der Kommunalpolitik ist es besonders wichtig, Probleme und Fragen

der Menschen zu erkennen, sie aufzunehmen, nach spürbaren Lösungen gemeinsam zu suchen und konsequent umzusetzen.

Das X. Altenparlament 2018 in Schwerin, so Bernd Rosenheinrich, zeigte Zusammenhänge und Auswirkungen heutiger politischer Entscheidungen für die Zukunft auf. Die derzeitige Lohngestaltung Sorge für eine garantierte Armut im Alter. Dies aber habe umgekehrt wieder Folgen für die regionale Wirtschaft und erfordere zwingend Lösungen, um diesen Kreislauf



zu durchbrechen. Mehr und mehr kristallisierte sich nicht nur ein Unterschied zwischen ländlichem und städtischem Leben heraus, es verstärken sich selbst innerstädtische Kontraste im Miteinander der Menschen. Dieser Entwicklung müsse durch konkrete Maßnahmen in Politik und Wirtschaft entgegengetreten werden.

Die Entwicklung des Landkreises auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet werde im Kreistag genau analysiert und im „Entwicklungskonzept 2030“ gefördert, so Günter Matschoß. Umso wertvoller sei die Zusammenarbeit des Kreistages und seiner Ausschüsse mit dem Kreissenorenbei-

rat. Dieser stelle den Fokus auf Basis der örtlichen Beiräte auf Themen und Veranstaltungen im Landkreis. Matschoß sicherte die Unterstützung der Verwaltung finanziell und organisatorisch zu.

Schon vor der neuen Legislaturperiode des Kreistages ab Mai widme sich der Ausschuss für Soziales, Familien und Gesundheit der praktischen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Territorium; dies sei eine komplexe Herausforderung an alle, charakterisierte Barbara Borchardt den sozial-politischen Auftrag für Abgeordnete wie Unternehmen. Um fundierte Entscheidungen vorbereiten zu können, warb sie um die breite Mit- und Zuarbeit der Mitglieder des Kreissenorenbeirats.

Wie können ehrenamtliche Initiativen und Projekte in MV gefördert werden? Dies führte zur Gründung der Ehrenamtsstiftung 2014, betonte Franz Schäfer. Besonders wichtig seien in der Fördervergabe kleinere, regionale Vorhaben mit hohem persönlichem Einsatz vieler Helfer. Details stehen im Internet: [www.ehrenamtsstiftung-mv.de](http://www.ehrenamtsstiftung-mv.de) bereit. Seit Gründung wurden bereits rund 1.600 Projekte und Initiativen wirksam unterstützt. Das Thema Ehrenamtskarte, deren Einführung und Finanzierung durften bei diesem Vortrag natürlich nicht fehlen.

Stefan Lösel: Der Startschuss für den Rufbus fiel Ende 2015 in Plau am See und Umgebung. Der aktuelle Einzugsbereich des noch jungen Angebots im ÖPNV erstreckt sich über 5000 Quadratkilometer und damit über den Landkreis hinaus. An allen Wochentagen sichert der Rufbus per Taxi oder Kleinbus den Anschluss an Hauptbuslinien und Bahn. Bei diesem politisch gewollten Service entstehen jährlich rund 20 Millionen Euro an Aufwendungen, dagegen stehen Einnahmen des Verkehrsunternehmens in Höhe von zwei Millionen Euro. Die Differenz wird durch den Haushalt des Landkreises ausgeglichen. Barrierefreie und umweltschonende Mobilität sei nicht zum Null-Tarif zu haben, sichere aber die Daseinsvorsorge in einem Flächenland wie M-V, äußerte sich Lösel. In Zukunft werde Elektromobilität auch in seiner Firma mehr und mehr Einzug halten.

Nach den Vorträgen ging es gemeinsam um ein Resümee der Arbeit im Kreissenorenbeirat 2018 und den Ausblick auf das gegenwärtige Jahr. Als Höhepunkte wurden die Herbsttagung des Landessenorenbeirats und seine Beteiligung bei der Gesetzgebung durch das Einbringen von Stellungnahmen und bei Anhörungen in Landtagsausschüssen eingeschätzt. Sieben



Zum Abschluss der Sitzung sorgte die Egerländer-Besetzung des Landespolizeiorchesters für kulturellen Genuss.

Sitzungen des Vorstands und drei Mitgliederversammlungen des Kreissenorenbeirats spiegelten die Vielfalt an Themen wider. Dazu gehörten der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Kreisjugendring und die weitere Unterstützung bei der Gründung kommunaler Seniorenbeiräte. Der Erfahrungsaustausch bei Regionalkonferenzen und Arbeitsbesuche vor Ort, etwa in Plau am See, wurden als informativ und gewinnbringend für alle eingeschätzt, denn die heutige digitale Vernetzung sei kein Allheilmittel. Die Koordinierung durch die Geschäftsstelle des Landessenorenbei-

rats und das Büro für Chancengleichheit beim Landkreis nehmen weiterhin eine Schlüsselstellung ein.

Eine Vielzahl an Veranstaltungen und Themenvielfalt verheißt der Termin kalender 2019. Die Aufgaben und die Beiratsarbeit würden „wieder intensiv“ werden, so die Vorstandsvorsitzende am Ende der fünfstündigen Beratung. Edeltraut Kinzel, Mitglied des Kreissenorenbeirats mit langjähriger Chorerfahrung, unterstützte spontan und bravourös die Egerländer-Besetzung des Landespolizeiorchesters mit ihrer solistischen Begleitung.

*Bernd Thieke / Anett Nuklies*

## Gute Zusammenarbeit wird fortgesetzt

Auf Einladung der Vorsitzenden des Kreissenorenbeirats, Ilona Mundtschalk, trafen sich die Vorstandsmitglieder mit dem neuen Landrat Stefan Sternberg in Parchim. Im ersten persönlichen Kontakt stellten sie sich selbst und ihre Arbeit in den Städten und Gemeinden vor. Dabei wurde auch die Problematik, die aus der Größe des Landkreises erwächst, und die Komplexität der Themen in den regionalen Beiräten angesprochen. Dabei ging es um Infrastruktur, Wohnen, Bildung, Pflege, Barrierefreiheit und ehrenamtliches Engagement.

Stefan Sternberg sprach über seine Motivation, Landrat zu werden. Bewegt und optimistisch schilderte er seine Erfahrungen als Bürgermeister in Grabow. Hier praktizierte er gemeinsam mit der Stadtverwaltung, ortsansässigen Firmen und weiteren Partnern die Umsetzung seines Arbeitsmottos: die Entwicklung eines neuen Heimatgefühls für alle Menschen und das Miteinander vor Ort. Dies werde sich auch durch seine Amtszeit als Landrat wie ein roter Faden ziehen. Die Zusammenarbeit von Kommunen mit dem Landkreis

für eine generationsübergreifende Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens sehe er als fundamental an. Für 2019 heiße das Motto: „Kreis mit Biss“, um den Blick auf die Landwirtschaft im Territorium in den Fokus zu rücken.

Weitere Fragen und Hinweise zu Anliegen der Vorstandsmitglieder, wie etwa zu Straßenbaumaßnahmen oder den Fördermöglichkeiten und deren Vergabe beim sozialen Wohnungsbau, konnten im ersten Gespräch nur

*Fortsetzung auf Seite 28*

Fortsetzung von Seite 27

kurz angerissen werden. Landrat und Vorstandsvorsitzende betonten aber übereinstimmend, die gute Zusammenarbeit wird in den kommenden Jahren werde in beiderseitigem Interesse fortgesetzt. Besonders betont wurde die Arbeit der Koordinatorin des Kreissenorenbeirats aus dem Büro für Chancengleichheit des Landkreises als unentbehrliche Vermittlerin.

Bernd Thieke / Anett Nuklies



Foto: Landkreis LWL-PCH

Landrat Stefan Sternberg (Bildmitte) im Gespräch mit dem Kreissenorenbeirat

## Umgang mit Smartphone und Tablet

Im Mehrgenerationenhaus Zebef in Ludwigslust waren fünf SilverSurfer aus Wismar zu Gast und berichteten über ihre Aus- und Weiterbildung beim Umgang mit Smartphone und Tablet. Gegenwärtig gibt es in MV 45 aktive SilverSurfer, die ihr Wissen auch an andere Senioren weitergeben. Der

Kurs in Wismar wird organisiert und gestaltet über das Europäische Integrationszentrum Rostock (EIZ), das in Ludwigslust durch Sabrina Wolff und Mandy Kröppelien vertreten wurde. In dem Infotreff ging es auch um die neue Datenschutzgrundverordnung, nach der sich nicht nur SilverSurfer

richten müssen, außerdem um Kriminalität in den Sozialen Medien innerhalb des Internets. Für dieses Jahr ist auch in Ludwigslust ein Kurs ähnlich dem in Wismar geplant. Gefördert wird er vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Projekt „Senioren-Technik-Botschafter“. ■

# LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

## Was haben wir im Kreis erreicht?

In den Amtsbereichen Dorf Mecklenburg / Bad Kleinen, Neukloster / Warin und Lübstorf gibt es keine kommunalen Seniorenbeiräte. Deshalb hat der Kreissenorenbeirat (KSB) versucht, Aktivitäten für die Seniorenarbeit anzuregen. So konnten wir in Dorf Mecklenburg, Bad Kleinen, Warin und Bobitz nicht nur in den Haupt-, sondern auch in den Amtsausschüssen, vor allen Bürgermeistern und teilweise auch in den Sozialausschüssen unsere Anliegen darlegen und um Unterstützung bitten. Dazu waren regelmäßige Rückkopplungen erforderlich, was bedeutet, dass wir mehr aktive Mitglieder im KSB brauchen. Seniorenarbeit in umfangreicher wie auch differenzierter Form erfolgt in allen Gemeinden. Dazu gehören nicht nur Bibliotheken (z. B. mit zu-

sätzlichen Angeboten, wie Kaffeerunden, Spiel- und Gesprächsformen oder auch „Senioren im Internet“), sondern regelmäßige Treffen mit Gesellschaftsspielen, Handarbeitsgruppen, Bastelzirkel, Taubentreff, Frauentreff, Seniorensport – um nur einige



Beispiele zu nennen. Veröffentlichungen in den Amtsblättern, im Stadtanzeiger oder, wie in Dorf Mecklenburg, in einem Veranstaltungsplan für jeden Haushalt machen die Senioren aufmerksam auf die Angebote. Versuche, in kleineren Ortschaften Formen zu finden, waren wenig er-

folgreich. Oft sind auch den Abgeordneten der Volksvertretungen die Initiativen einiger Bürger nicht bekannt. Sie müssten deshalb besonders das Gespräch und die Bindungen suchen, um die älteren Menschen aus der Einsamkeit herauszuholen. Damit meinen wir auch den Einsatz der beruflichen Bürger in den Ausschüssen. Allgemeine Einladungen reichen nicht aus. Die Senioren müssen persönlich angesprochen oder auch abgeholt werden, da sich viele ältere Menschen sehr zurückziehen. Positiv ist zu bewerten, dass Veranstaltungen zur Seniorensicherheit, Nothilfe, Kurzzeitpflege oder auch altersgerechtem Wohnen zugenommen haben und die Bürger auch erreichen. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass wir die bestehenden

Vereine, Parteigruppen oder andere Organisationsformen einbeziehen und ihre aktive Unterstützung finden. Von Vorteil ist die Einbeziehung der Angehörigen, um die Senioren aus ihren Wohnungen zu locken oder sie über Angebote zu informieren.

In den Kommunen werden die Angebote für betreutes oder altersgerechtes Wohnen erhöht. Positive Beispiele sind der Einbau von Fahrstühlen oder die konkrete Planung in Bad Kleinen. Hier müssen wir immer wieder intensiv Anregungen geben und zuweilen Druck ausüben.

Um Verbesserungen gerade im ländlichen Bereich bei den Verkaufsformen, Verkehrsangeboten oder in der Betreuung zu erreichen (z. B. „Die neue Dorfmitte“) wurden die Abgeordneten Frank Junge, Martina Tegtmeier und Simone Oldenburg um Unterstützung gebeten, die auch reagierten.

Was fiel besonders auf?

- Aktivitäten der Kirchengemeinden für Senioren
- Gemeinschaftliches Singen
- Seniorenweihnachtsfeiern oder Adventsveranstaltungen
- Seniorenfahrten oder Ausflüge
- Gesprächsangebote über Vereine und Organisationen
- Verstärkte Angebote für Seniorensport auch in kleinerem Rahmen

Leider mussten wir immer wieder feststellen, dass nur die Frauen reger und aktiver sind und ältere Senioren unzureichend einbezogen werden. Besonders anzumerken ist, dass sich in Dorf Mecklenburg und Bad Kleinen die Sozialausschüsse sehr intensiv mit der Seniorenarbeit befassten. Es fanden Veranstaltungen statt, die von der Kommune organisiert wurden, um Seniorenbeiräte zu bilden. Leider erschienen zu den Gründungs-

veranstaltungen zu wenig Senioren. Daraus muss die Erkenntnis abgeleitet werden, dass im Vorfeld solcher Initiativen unbedingt persönliche Gespräche erforderlich sind, um die Senioren nicht von der Verantwortungsübernahme abzuschrecken.

Auswertungen mit den Bürgermeistern gab es. Sehr erfreulich ist, dass in Bad Kleinen eine Seniorenbeauftragte und Koordinatorin gewonnen werden konnten. Wichtig ist nun, sie nicht allein zu lassen und zu überfordern. Trotz vieler Bemühungen ist es mir nicht gelungen, weitere Kandidaten für den Kreissenorenbeirat zu gewinnen. In diesem Jahr werde ich insbesondere mit den Heimatvereinen und den Sportvereinen gemeinsam versuchen, mehr für die Senioren zu erreichen.

*Reiner Dopp*

*Mitglied des Kreissenorenbeirats*

## Neue Gesprächsrunde im Offenen Treff

Ruhestand und Alter bedeuten einschneidende Veränderungen. „Wir haben kaum noch Verpflichtungen, die Kinder haben längst ihr eigenes Leben und wohnen oft weit entfernt. Partner und Freunde sterben, wir sind nicht mehr so fit und leistungsfähig. Wir brauchen neue Aufgaben und Ziele und Kontakte, damit wir nicht Gefahr laufen, viele Stunden des Tages allein in der Wohnung vor dem Fernseher

zu sitzen.“ Wie kann es gelingen, unseren Tagen Strukturen und Sinn zu geben? Vereine und Verbände verlieren ihre Mitglieder aus Altersgründen. Auffallend ist, dass gerade Menschen, die Anschluss in bestehenden Vereinen suchen, es schwer haben.

„Über diese und andere Fragen, die Vielen auf dem Herzen liegen, wollen wir uns austauschen.“ Das betonen Anett Helm vom DRK-Kreisverband – sie ist

außerdem Koordinatorin im Mehrgenerationenhaus Wismar –, und Karin Lechner, die Vorsitzende des Seniorenbeirats Wismar. Jeden ersten Freitag im Monat von 10.30 bis 12 Uhr wird dazu ins DRK-Mehrgenerationenhaus in der Hans-Grundig-Straße 34 in Wismar eingeladen. Mitglieder des Seniorenbeirats der Hansestadt nehmen bei diesen neu eingerichteten Gesprächsrunden teil. ■

# LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

## Rückblende auf ein erfolgreiches Jahr

Schon heute sind 33,97 Prozent der Einwohner Neubrandenburgs 60 Jahre und älter. Derzeit gibt es innerhalb eines Jahres in der Altersklasse 0 bis unter 16 109 und im erwerbsmäßigen Alter 705 Personen weniger, dafür im Alter 65plus 109 Einwohner mehr laut statistischen Angaben der Stadt III/2018. Diese Angaben be-

schäftigen auch den Seniorenbeirat. Sein Vorstand setzt sich derzeit aus sechs Mitgliedern zusammen und der Beirat aus 32 Mitgliedern aus insgesamt 22 Vereinen, Verbänden und Institutionen sowie einem Ehrenmitglied.

2018 gab es wieder elf Vorstands- und sechs Beiratssitzungen, davon zwei

gemeinsam mit dem Kreissenorenbeirat. Themen waren u. a. die Industrielle Revolution 4.0 und ihre Anwendung in Neubrandenburg, Demokratie leben in der Vier-Tore-Stadt, „Die Tafel“ sowie der Arbeitsplan für 2019. Die nach jeder Sitzung erstellten Info-Blät-

*Fortsetzung auf Seite 30*

Fortsetzung von Seite 29

ter, abrufbar unter [www.neubrandenburg.de/senioren](http://www.neubrandenburg.de/senioren), wurden an weitere 60 Vereine, Verbände, an die Fraktionen der Stadtvertretung, die Stadtpräsidentin, den Oberbürgermeister, den Landesseniorenbeirat und das Sozialministerium gesandt. Bei Zusammenkünften mit der Stadtpräsidentin und dem Oberbürgermeister ging es u. a. um die Uferbebauung am Tollenseesee und zum Mobilitätskonzept der Stadt. Zum Thema „Telemedizinische Versorgung“ schrieben wir an den Bundesminister für Gesundheit (siehe auch Seiten 5 bis 7).

Derzeit gibt es drei Arbeitsgruppen. Die AG Soziales, Gesundheit, Pflege, geleitet von Helmut Wärmeling, berät regelmäßig in Pflegeeinrichtungen und beim Pflegestammtisch des Landkreises. Die AG Altersgerechtes und barrierefreies Bauen, Verkehr und Wohnen (Leitung: Hans Asmus) entstand 2018, angeregt auch durch den Meinungsaustausch mit dem Seniorenbeirat Stralsund. Initiiert wurde eine AG Zukünftige Wohnungsbauprojekte innerhalb der Stadt, in der die AG des Seniorenbeirats mitarbeitet. Die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit unter Leitung von Peter Lundershausen erstellte die schon genannten sechs Info-Blätter und hält den Kontakt zu den Medien. Zwei weitere AG sind in diesem Jahr geplant: „Demo-

grafischer Wandel“ und „Kultur, Sport und Freizeit“. Über den Bereich der Senioren-Hochschule versuchen wir, Bildungsangebote für Ältere anzubieten.

Von den Beiratsmitgliedern sind sechs als SeniorTrainer, sieben als Senioren-Technik-Botschafter und sieben als Scout der digitalen Nachbarschaft ausgebildet. Ein Beiratsmitglied befasst sich mit Integrationsarbeit als Mentor für Alphabetisierung, Methodik und Didaktik im Schülerbereich. Am 12. Deutschen Seniorentag in Dortmund nahmen drei Vertreter des SBNB teil. Am 10. Altenparlament in Schwerin waren zwei Beiratsmitglieder beteiligt. Als einziger Delegierter aus Neubrandenburg hatte Günter Schult an allen zehn Altenparlamenten teilgenommen.

In der zum Abschluss verabschiedeten Resolution wurde die Landesregierung aufgefordert, im Sinne der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept bis Ende 2019 zu erarbeiten. Dies hat auch Auswirkungen auf unsere Arbeit, denn Neubrandenburg hat kein aktuelles seniorenpolitisches Konzept. Das führte dazu, dass uns 2017 die Wiedervergabe des Titels „Seniorenfreundliche Kommune“ versagt blieb.

An den 4. Landesseniorentagen in Stralsund nahm eine Delegation des

Beirats teil. Am 25. Mai kam der Seniorenbeirat aus Ueckermünde zu einem Erfahrungsaustausch. Vereinbart wurde, den Austausch fortzusetzen. Zum 25-jährigen Bestehen des Seniorenbeirats der Hansestadt Stralsund am 26. September reiste eine vielköpfige Delegation nach dort. Zu Gast in Neubrandenburg war am 21. November der Seniorenbeirat der Hansestadt Greifswald. Alle Arbeitstreffen sollen zur Tradition und fortgeführt werden. Die Herbsttagung des Landesseniorenbeirates am 16. und 17. Oktober in Banzkow bei Schwerin hat ebenfalls unsere Arbeit angereichert. Die Teilnahme an der Ehrenamtsmesse am 17. März in Neustrelitz und der Seniorenmesse der Neuwoges am 8. Juni in Neubrandenburg hatten eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit. Die Verbreitung unserer Broschüren (u.a. Seniorenwegweiser „Älter werden in Neubrandenburg“) war sehr gut und hilft bei der Information über Akteure der Seniorenarbeit und ihre Ziele. Was das Thema Rente betrifft, so begrüßen wir zwar das Rentenkonzept, sind aber unzufrieden, dass die Mütterrente zwischen Ost und West unterscheidet. Auch von uns wurde in einigen Schreiben ein stabiles Rentenniveau von 48 bis 50 Prozent sowie eine Vollendung der Renteneinheit bis 2020 gefordert.

*Seniorenbeirat Neubrandenburg*

## Senioren müssen medienkompetent werden

Telemedizin kann durch Bereitstellung (lebens-)wichtiger Gesundheitsinformationen die Gesundheit der Menschen verbessern. Um diesen Thesenkomplex ging es bei der letzten Sitzung des Seniorenbeirats Neubrandenburg im vergangenen Jahr. Eingeladen dazu war Maximilian Ziesche, Referent für Gesundheitswesen der Techniker Krankenkasse (TK). Schon seit einigen Jahren hat sich die TK dieser Problematik gestellt und

für ihre Versicherten einen erleichterten Zugang zu medizinischen Daten geschaffen. Telemedizinische Versorgungswege ermöglichen es, spezialisierte medizinische Leistungen quasi an jeden Ort zu bringen. Das ist besonders in einem Flächenland wie MV, wo die Facharztversorgung teilweise nicht mehr sichergestellt werden kann, sehr wichtig.

Fazit: Digitalisierung ist weit mehr als eine Maßnahme auf dem Weg in ein pa-

pierloses Gesundheitswesen. Was die elektronische Gesundheitsakte betrifft, so müssen besonders die Senioren gesundheits- und medienkompetent werden, um diesen „digitalen Datentresor“ intensiv nutzen zu können. Der Seniorenbeirat plädiert für die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für alle Versicherten und hat sich mit einem Positions- bzw. Forderungspapier an den Gesundheitsminister gewandt. (siehe auch Seiten 5 bis 7) ■

## Integration zu Hause und in der Schule

Als 2015 schlagartig viele Migranten aus dem arabischen Raum nach Neubrandenburg kamen, waren auch die Senioren der Stadt aufgerufen zu helfen. Einer von ihnen ist Michael Becker, Mitglied des Seniorenbeirats. Der SeniorTrainer der Agentur Neubrandenburg hat die Qualifikation als Mentor für Alphabetisierung, Methodik und Didaktik im Schülerbereich mit besonderen Retardierungen, mathematische Prüfungsunterstützung für Migranten im Real- und Gymnasialbereich. Die Projektidee geht davon aus, dass generationenübergreifend alle Möglichkeiten zur Hilfe, Betreuung und Unterstützung nicht nur im materiellen Bereich genutzt werden sollten. Dabei kristallisierten sich Eckpunkte in der Arbeit mit Bürgern aus den arabischen Ländern heraus. Gemeinsame Rundgänge in Museen, im Rathaus,

in der Konzertkirche und in den neuen Wohngebieten ermöglichen das Kennenlernen der Stadt Neubrandenburg. Im Januar und Februar 2017 wurden kleine Lernpatenschaften in Form von Hausaufgabenhilfen, Kommunikationsübungen und Lesehilfen gebildet. Höhepunkt war ein gemeinsames Fest mit 26 Teilnehmern zum Thema Arabisches Kochen, Präsentieren und Essen im Mehrgenerationenhaus 1 (MGH) in der Poststraße. Hilfe und Unterstützung gab es bei Behördengängen, Vermittlung und gemeinsame Aktionen in Möbelbörsen und immer wieder Versuche, die Geflüchteten in ihre Berufe Elektriker, Pizabäcker, Schneider, Mechaniker und andere Beschäftigungen zu vermitteln. Da ein syrisches Ehepaar im April Nachwuchs (Erstgeborene/r) erwartet, haben wir vor, abgesehen von der

Vorfremde, wunschgerecht Unterstützung zu geben. So wurde spontan ein klassisches Babykörbchen auf Rädern gespendet, in dem schon unsere eigenen Kinder und Enkel die ersten Monate geschlafen und verbracht hatten. Durch den Integrationsunterricht in Klassen von Integrationssschulen mit dem Ziel, die deutsche Sprache zu erlernen, wurden auch Kommunikationsbrücken genutzt. Feste Begegnungskontakte gibt es montags ab 16 Uhr zur Hausaufgabenhilfe im MGH 1; dienstags und donnerstags zum Basteln, Lesen und Erzählen sowie einmal im Monat donnerstags und freitags zum gemeinsamen Kochen mit Gästen – alles in der Poststraße. Familienpatenschaften aufgebaut wurden schon nach Stralsund, Friedland, Sponholz und Berlin.

pl

## Die Arbeit auf breitere Füße stellen

Der Kreissenorenbeirat hat sich an den Sozialausschuss des Kreistags Mecklenburgische Seenplatte mit der Forderung gewandt, die Satzung zu verändern. Die Anzahl der Beiratsmitglieder – gegenwärtig 17 – sei nicht mehr zeitgemäß, erklärte Beiratspre-

cher Walter Papentin (68). Die Zahl der über 65-Jährigen habe seit einigen Jahren deutlich zugenommen, weshalb „die ganze Seniorenarbeit auf breitere Füße gestellt“ werden müsse. Neue Mitglieder können jedoch nur durch den Kreistag Mecklenburgische

Seenplatte bestellt werden.

„Wir wollen, dass Vertreter neu gegründeter örtlicher Beiräte auch bei uns im Kreissenorenbeirat tätig werden können“, sagte Papentin in einem Gespräch mit der *Neubrandenburger Zeitung*. ■

# LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

## Viele Pläne für das laufende Jahr

Im September 2018 feierte der Stralsunder Seniorenbeirat sein 25-jähriges Jubiläum. In dieser Zeit entstand in ehrenamtlicher Arbeit der Mitglieder ein Gremium, das sich um die Belange der älteren Menschen kümmert. Aber auch das generationsübergreifende Miteinander ist dabei wichtig. Im Zusammenwirken mit dem Förderverein Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund e. V. wird die erfolgreiche Arbeit auch in diesem Jahr angegangen. Projekte und Aktivitäten

sind im Jahresarbeitsplan festgeschrieben. Grundsätzliche Ziele sind: Zunehmend mehr Senioren in Stralsund und Umgebung erreichen, sie zu animieren, aktiv zu werden und sich zu engagieren, Probleme anzugehen und Seniorengerechtigkeit in Planungen zu fordern, generationsverbindende Angebote zu schaffen und lebenslanges Lernen attraktiv zu machen. Höhepunkte des ehrenamtlichen Engagements sind mehrere Vorhaben der

einzelnen Arbeitsgruppen: Der Seniorenratgeber 2019 steht zur Verfügung. Kulturelle Veranstaltungen im Pflegeheim am Stadtwald mit Beteiligung von Schülern der Integrativen Gesamtschule Grünthal und Vorlesestunden im Montessori-Kindergarten sowie kreative Nachmittage in der IGS sind geplant. Veranstaltungen im Rahmen „Sicherheit für Senioren“, in Zusammenarbeit

Fortsetzung auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

mit der Polizei, der Verkehrswacht und dem Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention e. V., sind vorgesehen. Auch die Mitwirkung in der Präventions-Theatergruppe „Die Wachsamern“ ist zu nennen.

Es erfolgt Einflussnahme auf den Fahrplan des ÖPNV, bei der Barrierefreiheit der Stadt und bei Neubau, Umbau und Renovierung von Wohnungen. Auch Themen der Gesundheitsfürsorge, Pflege und Geriatrie werden angegangen.

Die Projekte „Senioren ans Netz“, „Senioren-Ab an die Apps“, „Seniorinnen ans Lenkrad“, „E-Bike testen als Alternative zum Auto“ werden stattfinden. Das Projekt „Gartenglück – Gemeinsam Gärtnern macht stark“ im „Garten für alle“ im Zoo, neben anderen mit Senioren und Kindern des Montessori-Kinderhauses wird weitergeführt. (Mitmacher sind gern gesehen!). Es wird wieder eine Tanz- und Unterhaltungsveranstaltung im Herbst geben. Zahlreiche öffentliche Informationsveranstaltungen und Foren zu seniorenrelevanten The-

men sind geplant. Die Website [www.seniorenbeirat-stralsund.de](http://www.seniorenbeirat-stralsund.de) wird ständig aktualisiert. Die öffentlichen Präsentationen und die Teilnahme an Veranstaltungen in der Stadt, wie am Regionaltag im Zoo im Juli, werden genutzt, um den Seniorenbeirat vorzustellen und Anregungen und Ideen aus der Bevölkerung entgegenzunehmen. Die Verbindung zum Seniorenbeirat und zum Förderverein ist jederzeit über die Geschäftsstelle, Knieperdamm 28, Tel. (03831) 302018, möglich.

Giesela Müller

## LANDKREIS ROSTOCK

### Neuer Beirat für vier Jahre

Demnächst wird im Ostseebad Kühlungsborn der Seniorenbeirat für die kommenden vier Jahre gewählt; er besteht aus zwölf Mitgliedern. Vier Mitglieder des Vorstands kandidieren aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr für den Beirat. Im Vorfeld hatte der bisherige Vorsitzende Hermann Bugar betont: „Ich hoffe, dass möglichst viele Kühlungsborner

durch ihre Wahl dem neuen Beirat eine starke Stimme geben.“ Das Gremium könne am besten dann „viel für die ältere Generation erreichen, wenn es einen starken Rückhalt in der Bevölkerung“ habe.

Alle Veranstaltungen des Seniorenbeirats, so Bugar, seien grundsätzlich offen für alle Senioren des Ostseebades. Höhepunkte seien die jährli-

chen Seniorentage. Auf den Weg gebracht sei die Einrichtung einer Tagespflege für Hilfsbedürftige. Die Handhabung des Seniorenpasses, mit dem bei verschiedenen Dienstleistern Rabatte gewährt werden können, sei noch „ausbaufähig“.



### Kontakt mit der Gedenkstätte der Wolhynier

Auf einer seiner Zusammenkünfte im Herbst vorigen Jahres beschäftigte sich der Seniorenbeirat von Krakow am See mit den Vorbereitungen zum Landeswettbewerb „Seniorenfreundliche Stadt/ Kommune“ 2019. Es wurde Bilanz gezogen, was seit der letzten Auszeichnung 2014 geschehen war.

Seit Jahren unterhält der Beirat einen guten Kontakt mit dem Vorstand der Museumsgedenkstätte der Wolhynier in Linstow. Die Inhalte dieses Vereins unterstützen wir sehr. Aktuell nehmen wir wahr, dass der gesellschaftspolitische Stellenwert des Museums an Bedeutung verliert. Für uns jedoch

bedeutet die einzigartige Sammelstätte ein wichtiges Beispiel für die Umsetzung der Migrations- und Integrationspolitik innerhalb der Gesellschaft. Deshalb ist es unbedingt notwendig, das Dokumentarzentrum nachhaltig zu entwickeln.

jp

### Entspannt ging das Jahr zu Ende

In Krakow ging 2018 erfolgreich zu Ende. Die Vorstandssitzungen des Seniorenbeirats im November und Dezember befassten sich aber auch schon mit den diesjährigen Vorhaben. Im Gespräch mit Bürgermeister Wolfgang Geistert ging es um die Zukunft des

Jörnbergareals und um das Jörnberg-Restaurant. Mit den Senioren soll demnächst intensiver darüber gesprochen werden. Auf der Jahresabschlussfeier zog die Beiratsvorsitzende Gisela Schröder eine gute Bilanz. Wir waren uns alle einig, dass die Ergebnisse es

wert sind, am Landeswettbewerb „Seniorenfreundliche Stadt / Kommune“ teilzunehmen. Im Grußwort des Bürgermeisters kam zum Ausdruck, dass der Beirat eine Bereicherung für die Stadt und Senioren sei. Mitglieder des Vorstands nahmen an

den Weihnachtsveranstaltungen im Betreuten Wohnen der Volkssolidarität, bei der Tagespflege des DRK und in „de gaude Stuuu“ in Charlottenthal teil. Mit großer Freude erlebten wir die Feierlichkeiten und mit welch großem Herzblut die Mitarbeiter dieser Einrichtungen sich für das Wohlbefinden engagieren. Dafür danken wir ihnen sehr. Die gemeinsame Weihnachtsfeier des Seniorenbeirats und der Ortsgruppe der Volkssolidarität waren ein Höhepunkt zum Jahresabschluss. Dazu trug auch das Programm, organisiert von Astrid Dettmer, bei. Ebenfalls Danke an Sieglinde Musialczyk und



*Jahresabschlussitzung mit Tanz auf der gemeinsamen Weihnachtsfeier des Seniorenbeirats und der Ortsgruppe der Volkssolidarität im Jörnberg-Restaurant*



Remo Schmecht von der Feuerwehr. Etwas Besonderes war auch das Adventskonzert im Schloss Neu Sammit. Danke, Lucia Dirks für diese Einladung! Wir werden auch im Jahr 2019 dafür

wirken, dass sich die Lebensqualität nicht nur für alle Senioren, sondern für alle Generationen weiterentwickelt.

*Jürgen Poleratzki*

*Ehrenvorsitzender des Seniorenbeirats*

## LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

### Gerontopsychologie und „leichtere“ Themen

Am 10. Dezember fand mit der 18. Sitzung die letzte des Seniorenbeirats im vergangenen Jahr statt. Im Mittelpunkt stand der Vortrag von Prof. Dr. med. Jacqueline Höppner, Chefärztin in der Klinik für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie der HELIOS-Kliniken. Es ging um ältere Menschen in der psychiatrischen Versorgung – Motto: Im Alter verändert sich viel, was kann die Gerontopsychologie tun? Es ging besonders um Depressionen im Alter sowie die Abgrenzung der Demenz von Depression. Ganz wichtig ist die Suizidalität. Statistisch gesehen, sind mehr Männer als Frauen davon betroffen.

Verschiedene Säulen der Therapie wurden vorgestellt. Ein großes Problem ist die Behandlung bei Mehrfachverordnungen durch unterschiedliche Ärzte, etwa bei Tabletten bei Depressionen und Schlafstörungen. Hier müsste die Abstimmung bzw. die Zusammenarbeit verbessert werden. Nach lebhafter Diskussion und dem Wunsch nach weiteren Informationen wurden „leichtere“ Themen behandelt. Der Workshop zur Erarbeitung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzepts wird weitergeführt. Im Blick bleibt die Besetzung der Heimbeiräte durch Vertreter des Seniorenbeirats. Die Sprechstunden werden

weiterhin besonders von älteren Menschen gern angenommen. Mitglieder des Beirats berichteten von ihrer Arbeit in den Ortsbeiräten der Stadt. Für die Neuwahl des Seniorenbeirats in diesem Jahr hat der Beiratsvorsitzende gemeinsam mit dem Seniorenbüro einen Bewerbungsfragebogen entworfen, in dem es darum geht zu erfahren, welche Kompetenzen die Interessierten in die möglichst effektive Arbeit des künftigen Beirats einbringen könnten; die Berufung erfolgt durch die Stadtvertretung. Der Vordruck kann beim Seniorenbeirat Schwerin angefordert werden.

*Walter Heinrich*

### Kein fünftes Rad am Wagen

Seit fast 15 Jahren ist Siegfried Schwinn, der Vorsitzende des Schweriner Seniorenbeirats, jede Woche rund 20 Stunden mit Angelegenheiten beschäftigt, die älteren Einwohnern am Herzen liegen. Alter sei in der Landeshauptstadt zu einem Querschnittsthema geworden. „Wir wollen aber kein fünftes Rad am Wagen sein“, betont er in einem Gespräch mit den SPD-nahen *Schweriner Blättern*, „sondern

ein wichtiger Ansprechpartner in der Stadt.“ Das Schlimmste sei für Viele die Einsamkeit im Alter. In den regelmäßigen Sprechstunden des Seniorenbeirats, die im Stadthaus Am Packhof 2-6 stattfinden, tauchen immer wieder Probleme auf, wie das Erreichen von Arztpraxen ohne Fahrstuhl, barrierearme Wohnungen, sinnvolle Freizeitangebote und Hilfe bei der Pflege. Das Sozialministerium habe Leitlinien

für die Kommunen erarbeitet, an denen sich sozialpolitische Gesamtkonzepte vor Ort orientieren können, betont der Beiratsvorsitzende. „Mit der Stadtspitze – dem Oberbürgermeister und seinem Sozialdezernenten – sind wir in guten Gesprächen.“ Der Prozess werde sich über mehrere Jahre hinziehen. Gut sei auch die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Altenarbeit beim Seniorenbüro. ■

## Tagespflege Am Werderpark eröffnet

Nun ist es endlich soweit: Die Vitanas Tagespflege Am Werderpark in der Robert-Koch-Straße 16 eröffnet! Ab dem 15. Januar 2019 finden hier 24 Gäste ein Zuhause für den Tag. Für viele Senioren, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, ist es oft schwierig, ein soziales Leben außerhalb des eigenen Zuhauses zu führen. Hier ermöglicht es das Angebot einer Tagespflege mit gemeinsamen Mahlzeiten, sozialer Betreuung und pflegerischer Unterstützung, den Tag strukturiert und in Gesellschaft zu verbringen.

„In unserer Tagespflege können 24 Gäste in angenehmer Atmosphäre und Gesellschaft die Zeit verbringen

und erhalten die qualifizierte Pflege und Unterstützung, die sie benötigen“, sagt Pflegedienstleiterin Sabine Lehnert. Das Angebot reicht von Mobilitäts- und Gedächtnistraining bis zur Demenzbetreuung. Die hellen und modernen Räume sind an die Bedürfnisse der Senioren angepasst. „Den Tagesablauf entwickeln wir zusammen mit den Gästen“, sagt Sabine Lehnert. „Um 8 Uhr wird geöffnet und erst mal gemeinsam gefrühstückt. Ab zehn Uhr starten die Angebote, etwa Sitzgymnastik oder Bewegungsübungen, es wird vorgelesen oder es werden Spiele gespielt.“ Im Rahmen der Tagespflege werden die Gäste individuell geför-

dert. Die Tage sind strukturiert und am Abend können sie in die vertraute Umgebung zurückkehren. Darüber hinaus leistet die Tagespflege einen ganz wesentlichen Beitrag zur Entlastung der pflegenden Angehörigen. Die Tagespflege Am Werderpark ergänzt damit die Leistungen des Vitanas Ambulantes Wohnen & Pflege Am Werderpark mit den betreuten Wohngruppen.

Interessierte Senioren und Angehörige können ab sofort unverbindliche Beratungsgespräche mit Pflegedienstleiterin Sabine Lehnert vereinbaren und sich die Räumlichkeiten anschauen. Weitere Informationen unter (0385) 555 73 - 385. ■

## LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

### Wie lässt sich bezahlbarer Wohnraum schaffen?

Zum Thema „Bezahlbarer Wohnraum in Greifswald“ hatte der Seniorenbeirat der Hansestadt Greifswald alle daran Interessierten eingeladen. Dazu Dr. Monique Wölk, die Vorsitzende des Bau-Ausschusses und Mitglied der Bürgerschaft, Alexander Krüger, Vorsitzender von B 90/DIE GRÜNEN und Mitglied der Bürgerschaft, Erik von Malotki, Bildungsausschussvorsitzender und Vorsitzender des Aktionsbündnisses Bezahlbarer Wohnraum sowie Mitglied der Bürgerschaft, Axel Hochschild, Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion, und Monika Kindt, Behindertenbeauf-

tragte der Stadt.

Dr. Berndt Frisch, Vorstandsmitglied des Seniorenbeirats, übernahm die Leitung und achtete darauf, dass Gesprächsergebnisse soweit wie möglich nachhaltig verfolgt wurden. Dabei ging es um die Forderung Barrierefreies Wohnen, das heißt: Keine Schwellen, Türen mindestens 90 Zentimeter breit und dass bei Neubauten mindestens die untere Etage rollstuhlgerecht vorhanden sein müsse. Bei neugebauten Wohnungen sollten auch entsprechend bezahlbarer Wohnraum und eine Durchmischung von Wohnungseinheiten in

den Stadtgebieten eingeplant werden. Der Mietspiegel und die seit dem 1. Oktober 2018 geltende Mietpreisbremse für Greifswald müssten weitergeführt werden, damit Einfluss auf die Mieten genommen werden könnte. Die Möglichkeit, Wohngeld zu beantragen, müsste breiter in die Öffentlichkeit getragen werden. Bekannt ist, dass die Baupreise stetig steigen, so dass die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nur mittels Subventionen realisierbar ist. Hier müssen Bund und Land in die Pflicht genommen werden.

Anita Weiß

### 2018 brachte eine bunte Vielfalt

Auch 2018 fanden jeden Monat die Veranstaltungen der EWN-Senioren (ehemalige Mitarbeiter der Energiewerke Nord) in Greifswald statt. Traditionell war der Januar dem Vorjahr und der Vorschau auf das kommende ausgerichtet. Im Februar begrüßten wir erstmals Jeanette von Bus-

se als neue stellvertretende Bürgermeisterin und Bausenatorin. Im März war der Sozialsenator des Landkreises Vorpommern-Greifswald, Dirk Scheer, unser Gast. Gleichzeitig trat er als Kandidat für die Landratswahl auf. Weitere Kandidaten waren im April Dr. Monique Wölk (SPD) und Michael

Sack (CDU). Heiko Franke vom Landkreis schulte uns im Mai zu Hackerangriffen im Internet.

Gleich drei Gäste hatten wir im Juni zu Gast: Die Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald berichtete über ihre Arbeit, auch über ihre neuen Aktivitäten in der Se-

niorenbetreuung. Wolfgang Timpf, ein „Eigengewächs“ der EWN-Senioren, sprach im Juli über seine Arbeitsjahre in den alten Bundesländern nach 1990. Und dann, im August, gab es den dritten Vortrag des Rechtsmediziners Oberarzt Dr. med. Klaus-Peter Philipp – zuvor war er schon zweimal mit seinen Ausführungen zu Gast. Im September kam ein ehemaliger Elektriker zu uns – jetzt als studierter Historiker Dr. Strauß – und stellte uns seine Gedanken zu möglichen Kernkraftwerksstandorten in Mecklenburg-Vorpommern zu DDR-Zeiten vor. Im Oktober weilte ein alter Bekannter bei uns: Jürgen Ramthun, ehemaliger Betriebsratsvorsitzen der EWN und jetziger Geschäftsführer dort. Im November begrüßten wir den Stadt-



Die stellvertretende Bürgermeisterin Jeanette von Busse zu Gast bei den EWN-Senioren

förster Bent Knoll, der uns Einblicke in „seinen“ Wald gab. Und wie in jedem Jahr im Dezember war die Weihnachtsfeier mit Mundharmonika und Chor der Mittelpunkt. Insgesamt nahmen 744 Teilnehmer an den zwölf Veranstaltungen teil.



Dr. Monique Wölk (Mitte) und Michael Sack (rechts) stellten sich als weitere Kandidaten zur Landratswahl vor.

Zusätzlich führten wir im Juni zwei Busausflüge in den Klützer Winkel mit knapp 100 Teilnehmern durch.

*Leonhard Bienert  
Sprecher der EWN-Senioren*

## Jetzt direkt bis zur Haustür

Das Ende 2017 in der Region Loitz gestartete Rufbus-System Ilse wird ausgeweitet. Künftig können sich Fahrgäste direkt vor der Haustür absetzen lassen. Die Fahrpreise werden

moderat erhöht. „Mit dem Ergebnis aus der Projektphase sind wir zufrieden, allerdings sind die Einnahmen nicht kostendeckend“, kommentierte Dirk Zabel, Geschäftsführer der

Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Greifswald (VGG). Mehr als 1000 Fahrgäste hatten im ersten Jahr den Rufbus genutzt. ■

# HANSESTADT ROSTOCK

## Geschäftsführerin Petra Kirsten verabschiedet

„Sehr geehrte liebe Frau Kirsten, seit gut zehn Jahren haben Sie mit großem Einsatz die Geschicke des Seniorenbeirats gelenkt und geleitet.“ So begann die Vorsitzende des Rostocker Seniorenbeirats Erika Drecoll ihre Rede zur Verabschiedung seiner langjährigen Geschäftsführerin. „In guter Zusammenarbeit haben wir viel erreicht.“ Dazu gehört die auf Initiative des Seniorenbeirats erarbeitete Dokumentation „Älter werden in Rostock“ in Anlehnung an die Landesdokumentation. Zweimal erfolgte die Teilnahme am Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“, bei dem einmal der zweite Platz in der Kategorie Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern belegt werden konnte.



Herzlich wurde Petra Kirsten (rechts) verabschiedet. Foto: Monika Schmidt

Petra Kirsten, die ehemalige hauptamtliche Geschäftsführerin, unterstützte mit Herzblut und großem Sachver-

stand die Arbeit des Beirats bis zuletzt – auch, als sie offiziell nicht mehr als Geschäftsführerin im Amt war, sondern zu einhundert Prozent im Pflegestützpunkt wirkte. Erika Drecoll: „Bei der Organisation von Senientagen und der eigenen Seniorenbeiratssitzungen, bei Ehrenamtsmessen, den Kontakten zu Referenten, beim Schriftwechsel und der Betreuung der Arbeitsgruppen waren Sie uns stets eine verlässliche Partnerin und engagierte Mitstreiterin.“ Erfreut ist der Seniorenbeirat darüber, dass er mit Angelika Krause eine engagierte Nachfolgerin erhalten hat. Dafür hat er, vertreten durch den Vorstand, allerdings hart verhandeln müssen. ed

## Zeichen der Wertschätzung

### Heil-Vorschlag ist eine gute Basis in der Rentendiskussion

„Der neue Vorschlag ist der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Regelung in jedem Fall vorzuziehen.“ So kommentierte Dr. Wolfram Friedersdorff, Präsident der Volkssolidarität, das vom Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil (SPD) vorgelegte Konzept zur Grundrente. Der Minister plant, langjährig Beschäftigten eine Rentenleistung von rund 900 Euro zu garantieren. Voraussetzung hierfür sind mindestens 35 Beitragsjahre inklusive Erziehungs- und Pflegezeiten. Der Vorschlag schließt sowohl künftige als auch Rentnerinnen im Bestand ein. Die Grundren-

te soll aus Steuermitteln finanziert werden, eine Bedürftigkeitsprüfung muss nicht durchgeführt werden.

„Dass Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet und die Gesellschaft mitgetragen haben, im Alter mit einer zu niedrig bemessenen Grundsicherung abgespeist werden, ist eines reichen Landes wie Deutschland nicht würdig“, so der Verbandspräsident weiter. „Die von Herrn Heil vorgeschlagene Grundrente ist ein wichtiger Schritt zur Anerkennung der Lebensleistung von Millionen von Bürgerinnen und Bürger.“

Gleichzeitig weist Friedersdorff aber

auf die vielen Seniorinnen und Senioren hin, die von dem Vorschlag nicht profitieren würden. Die wenigsten von Altersarmut Betroffenen könnten 35 Beitragsjahre aufweisen. Auch sie müssten unterstützt werden, etwa durch Freibeträge auf Einkommen der gesetzlichen Rente bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. „Am besten lässt sich Altersarmut jedoch immer noch durch eine vorbeugende Arbeitsmarktpolitik vermeiden, wie etwa durch einen Mindestlohn, der langjährig Beschäftigten eine auskömmliche Rente garantiert.“ ■

## Das Geld steht zur freien Verfügung

### Wie umzugehen ist mit dem Taschengeld im Pflegeheim

Fast die Hälfte aller Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen sind auf Unterstützung durch den Staat angewiesen. Wer davon betroffen ist, erhält auch vom Sozialhilfeträger monatlich sein gesetzlich vorgegebenes Taschengeld, das offiziell „Barbetrag“ genannt wird. Derzeit liegt er bei 112,32 Euro. Dieses Geld steht zur freien Verfügung. Damit können besondere Getränke, Genussmittel, bestimmte Körperpflegeartikel, Geschenke oder Friseurbesuche bezahlt werden. Abgesehen

davon, dass dieser Betrag nicht sehr hoch ist, sind Bewohner immer wieder unsicher, wie mit diesem Geld umgegangen werden kann. Darf ich diesen Betrag selbst verwalten? Was mache ich, wenn ich das selbst nicht mehr kann? Darf das Heim für die Verwaltung des Geldes Kosten in Rechnung stellen?

Die Leiterin der Rechtsabteilung des BIVA-Pflegeschatzbundes, Ulrike Kempchen, gibt dazu Auskunft: „Selbstverständlich hat der Bewohner das Recht, dieses Geld selbst zu

verwalten und zu entscheiden, wie es verwendet wird. Niemand darf ihn daran hindern.“ Solange er dazu in der Lage sei, könne er auch selbst entscheiden, wer im Notfall das Geld verwalten solle. Meist seien das Angehörige oder andere Vertrauenspersonen, die dafür dann eine Vollmacht erhalten. „Wer weder Angehörige bevollmächtigen möchte oder keinen rechtlichen Betreuer hat, kann auch die Einrichtung beauftragen, den Barbetrag zu verwalten.“ ■

## Keine Doppelbelastung

### BGH-Urteil: Pflegebedürftige müssen bei Heimwechsel nicht doppelt zahlen

Der Bundesgerichtshof hat die Rechte von Menschen in Alten- und Pflegeheimen gestärkt. Wenn ein Pflegeheimwechsel erfolgt, muss der alte Heimplatz nicht länger bis zum Wirksamwerden der Kündigung bezahlt werden. Der BGH entschied, dass

stattdessen genau bis zum Tag des Auszugs abgerechnet werden muss. Betroffenen bleibt so eine Doppelbelastung von bis zu zwei Monaten erspart. Begründung: Schutz des Bewohners vor doppelter Inanspruchnahme, denn die durch Leerstände

verursachten Kosten werden in die Pflegesätze eingerechnet und damit anteilig auf die Heimbewohner umgelegt. Müsste der Bewohner auch nach seinem Auszug noch bezahlen, würde er den Leerstand nach Auszug daher doppelt bezahlen. ■

## Einsicht in die Pflegedokumentation

Hilfe bei Zweifeln an der Pflege findet sich in einer BIVA-Broschüre

Wie oft wurde meine Mutter letzte Woche im Pflegeheim geduscht? Wurden wirklich die richtigen Tabletten und die verordnete Flüssigkeitsmenge verabreicht? Gab es Abweichungen im Pflegealltag?

Bewohner in Pflegeheimen und ihre Angehörigen haben nicht selten Fragen an die Qualität der Pflege. Wer sich nicht allein auf die Auskunft der Pflegekräfte verlassen will, sollte sich die Pflegedokumentation anschauen, die mit einer Patientenakte vergleichbar ist. In ihr werden das Pflegeziel und der Pflegeverlauf im Einzelnen beschrieben. Die Pflegedokumentation ist sowohl für die offiziellen Qualitätsprüfungen wichtig als auch bei der Aufdeckung von Pflegefehlern und Pflegemängeln, die möglicherweise zu einer Haftung des Betreibers führen können.

Selbstverständlich hat jeder zu Pflegenden das Recht, diese Akte einzusehen – auf Wunsch auch regelmäßig. In vielen Fällen sind Heimbewohner aber so schwach, dass sie selbst eine solche Einsichtnahme nicht mehr veranlassen können. Dann dürfen Angehörige, Freunde oder Betreuer diese Aufgabe wahrnehmen – auch über den Tod des Betroffenen hinaus. Voraussetzung ist, dass sie über eine Vollmacht verfügen, die sich ausdrücklich auf die gesundheitliche Sorge erstreckt.

Einsichtnahme bedeutet, dass man das Dokument dort, wo es aufbewahrt wird, einsehen kann. Um den Inhalt zu verstehen, möchten die meisten Menschen aber eine Kopie der Dokumentation, um sie zu Hause in Ruhe zu studieren. Nach Auffassung des BIVA-Pflegeschutzbundes und einiger Landesheimgesetze umfasst das Recht auf Einsichtnahme

auch das Recht, Kopien zu machen. Die Kosten dafür werden in der Regel von dem getragen, der die Auskunft verlangt. Der BIVA-Pflegeschutzbund empfiehlt grundsätzlich, von der Möglichkeit der Einsichtnahme Gebrauch zu machen, um sich von der tatsächlich erfolgten Pflege ein objektives Bild zu verschaffen und mögliche Unsicherheiten auszuräumen. Der seit 1974 bestehende BIVA-Pflegeschutzbund (Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen e. V.) in Bonn hat dazu eine Broschüre herausgebracht, die unter [www.biva.de/publikationen](http://www.biva.de/publikationen) bestellt werden kann. Weitere Infos: BIVA e. V. – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Siebenmorgenweg 6-8, 53229 Bonn, Telefon: 0228-909048-16, Fax: 0228-909048-22; [pm.kroell@biva.de](mailto:pm.kroell@biva.de), [www.biva.de](http://www.biva.de), [www.facebook.com/biva.de](https://www.facebook.com/biva.de) ■

## Verdeckte Armut beseitigen

Paritätischer schlägt vor: Grundrente schon nach 25 Beschäftigungsjahren

Der Paritätische Wohlfahrtsverband reagiert auf die Kritik an den Vorschlägen von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil für eine Grundrente und macht Vorschläge zur armutspolitischen Flankierung des Konzepts. Der Verband empfiehlt, die Grundrente bereits nach 25 Beschäftigungsjahren und Freibeträge auf Renteneinkommen für alle Altersgrundsicherungsbeziehenden zu gewähren.

„Die Grundrente ist ein wichtiger Schritt, um die verdeckte Armut im Alter zu beseitigen“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Etwa drei Viertel der Menschen, die bereits heute Anspruch auf die Grundsicherung im Alter hätten, nähmen diese aus Scham oder Unwissenheit nicht

wahr. „Die Grundrente darf als Weg aus Armut und Fürsorgeabhängigkeit daher nicht unterschätzt werden“, so Schneider. Richtig sei aber auch, dass eine Großzahl altersarmer Menschen durch diese Grundrente nicht erreicht wird und daher unter armutspolitischen Gesichtspunkten weitere Maßnahmen notwendig sind.

Die geplante Aufwertung von Rentenansprüchen aus Niedriglohnbeschäftigung begrüßt der Paritätische ausdrücklich. Der Verband schlägt jedoch vor, die Aufwertung bereits ab 25 Beschäftigungsjahren greifen zu lassen, um Menschen mit längeren Zeiten der Erwerbsminderung oder Arbeitslosigkeit stärker zu berücksichtigen. Für die Menschen, die dennoch weiterhin auf Grundsicherung

angewiesen seien, seien die Leistungen deutlich zu erhöhen.

Darüber hinaus fordert der Paritätische, den geplanten Freibetrag in der Grundsicherung im Alter so zu gestalten, dass ein Grundfreibetrag von 100 Euro für alle Renten eingeführt wird und von darüber liegenden Renten zusätzlich 20 Prozent nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden sollen. „So kann die Bekämpfung von Armut mit der Anerkennung der Lebensleistung verbunden werden“, betont Schneider. Gleichzeitig würde die Benachteiligung von Rentnerinnen und Rentnern gegenüber Berechtigten der betrieblichen und privaten Vorsorge beendet, denn für deren Leistungen bestünden bereits ähnliche Freibeträge. ■

## Moderner und attraktiver

### „Ausbildungsoffensive Pflege“: Verbindliche Ziele festgelegt

Um den drohenden Fachkräftemangel in der Pflege zu bekämpfen, sollen deutlich mehr Pflegefachkräfte ausgebildet werden als bisher. Die Zahl der Auszubildenden soll bis 2023 um zehn Prozent steigen, ebenso stark die Zahl der Ausbildungsstätten für die Pflege. Die entsprechende Vereinbarung wurde von der Arbeitsgruppe 1 der Konzierten Aktion Pflege (KAP) vorbereitet und von den Partnern der KAP beschlossen. Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey: „Die Pflege ist ein digitalisierungssicherer Zukunftsberuf, allerdings mit Rahmenbedingungen, die wir unbedingt verbessern müssen. Mit der Einführung der neuen Pflegeausbildungen am 1. Januar 2020 machen wir die Ausbildung moderner und attraktiver. Nie-

mand wird in Deutschland mehr Schulgeld bezahlen müssen. Alle Auszubildenden bekommen eine angemessene Ausbildungsvergütung. 111 Maßnahmen sollen mehr Menschen für diesen Beruf begeistern.“

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn: „Wer sich vom Pflegehelfer zur Pflegefachkraft weiterqualifizieren möchte, soll künftig weiter das Pflegehelfergehalt bekommen können. Es ist ein Anfang, um Pflege attraktiver zu machen. Mitte des Jahres folgt dann das Gesamt-Paket.“

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil: „Es ist gut, dass wir die Herausforderungen im Arbeitsbereich Pflege gemeinsam anpacken. Ohne gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne steuern wir auf eine Krisensituation zu. Daher freut

es mich, dass derzeit mehrere Arbeitgeber aus der Wohlfahrt daran arbeiten, einen mitgliederoffenen Arbeitgeberverband zu gründen.“

Die Konzierte Aktion Pflege hat das Ziel, den Arbeitsalltag und die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften spürbar zu verbessern, die Pflegekräfte zu entlasten und die Ausbildung in der Pflege zu stärken. Zusammen mit den Ländern, Pflegeberufs- und Pflegeberufsausbildungsverbänden, Verbänden der Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser, den Kirchen, Pflege- und Krankenkassen, Betroffenenverbänden, der Berufsgenossenschaft, der Bundesagentur für Arbeit sowie den Sozialpartnern werden dazu bis zum Sommer 2019 konkrete Maßnahmen erarbeitet. ■

## Grundrecht muss für Alle gelten

### BIVA unterstützt Verfassungsbeschwerde gegen Einschränkung des Hausrechts in Heimen

Die Tochter einer Pflegeheimbewohnerin hat Verfassungsbeschwerde erhoben. Sie wehrt sich dagegen, dass sie nicht jederzeit Zutritt zu dem Zimmer ihrer pflegebedürftigen Mutter hat. „Die Verfassungsrichter haben jetzt die Chance, das Selbstbestimmungsrecht von Pflegebedürftigen zu stärken und Rechtssicherheit zu schaffen“, appelliert BIVA-Vorsitzender Dr. Manfred Stegger. Die BIVA unterstützt das Vorhaben ihres Mitglieds. Der Klägerin wurde verwehrt, während pflegerischer Maßnahmen bei ihrer Mutter anwesend zu sein. Und das, obwohl sie als rechtliche Betreuerin ihrer Mutter das Hausrecht in deren Sinne ausübt. Ihren Betreuerpflichten, über medizinische Angelegenheiten mit zu entscheiden, konnte die Tochter dadurch nicht vollständig nachgehen. Da alle bisherigen Klärungsversuche gescheitert sind, muss jetzt das Bundesverfassungsgericht urteilen. Bewohner von Pflegeheimen dürfen da-

rüber bestimmen, wer in ihr persönliches Zimmer kommen darf. Anders etwa als bei einem kurzzeitigen Krankenhausaufenthalt, haben sie dort ihren Lebensmittelpunkt und somit auch ein Hausrecht. Dieses Selbstbestimmungsrecht wird durch einen rechtlichen Betreuer umgesetzt, wenn der Pflegebedürftige sich nicht mehr selbst ausdrücken kann, es aber in dessen Sinne ist.

„Es geht um bislang ungeklärte, grundsätzliche Fragen“, erläutert Stegger. Das Grundrecht auf Selbstbestimmung müsse auch für pflegebedürftige Menschen gelten. „Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen Rechtssicherheit. Sie müssen wissen, ob ihre Rechte nur auf dem Papier existieren oder ob sie auch dann gelten, wenn es Konflikte gibt.“ Das Hausrecht des Bewohners, das der Einrichtungsleitung und der notwendigen Zugang der Pflegekräfte zu den Zimmern sei bislang nicht ausreichend geklärt und abgewogen worden. Generell

habe man im Pflegebereich noch viel juristisches Neuland zu beackern. „Es gibt pro Jahr rund 400.000 neu abgeschlossene Heimverträge mit einem durchschnittlichen Volumen von über 80.000 Euro, aber fast keine klärenden Gerichtsurteile in diesem Bereich – ganz anders als etwa im Mietrecht oder im Reise-recht“, sagt Stegger. Die Ursachen liegen seiner Meinung nach vor allen Dingen darin, dass die Betroffenen vor einer Klage zurückschrecken, da sie Nachteile für die Pflegebedürftigen erwarten. Hinzu kämen die hohen Kosten und die lange Zeitdauer. Bis zu einem Urteil seien die Betroffenen vielfach bereits verstorben. „Es kann nicht sein, dass eine hilfebedürftige Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern kein Recht bekommt, weil die Hürden der Rechtsprechung dafür zu hoch sind. Die BIVA kann im Einzelfall dabei unterstützen“, ruft Stegger die Betroffenen auf, ihre Rechte auch vor Gericht einzufordern. ■

# „Die Prognosen sind besorgniserregend“

## Demografischer Wandel in Japan verursacht erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft

In Japan gibt es seit 1963 diese Tradition: Am jährlichen „Tag des Respekts für die Senioren“ erhalten alle über Einhundertjährigen den „Sakazuki“, einen zereemoniellen Trinkbecher im Wert von umgerechnet 70 Euro. Derzeit sind es etwa 60 000. Und die Lebenserwartung steigt zusehends, hat im Weltmaßstab die vordersten Plätze erreicht. Bei Frauen liegt das ostasiatische Land bei etwa 87, bei Männern bei knapp 81 Jahren. Mit 34 600 000 Personen ist heute schon mehr als ein Viertel aller Einwohner mehr als 65 Jahre alt. Zudem schrumpft die Nachkommenschaft und wirkt sich auf die Bevölkerungszahl rückläufig aus. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Projektkoordinatoren des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tokio Akim Enomoto und Hannes Bublitz beschäftigen sich in den Auslandsinforma-

tionen der Stiftung mit dem demografischen Wandel, der sich inzwischen zum größten Problem Japans entwickelt hat. Der Anteil der über 65-Jährigen dürfte sich bis 2060 auf bis zu knapp 40 Prozent erhöhen, und die Autoren meinen: „Bereits 2040 werden auf jeden Teenager unter 15 Jahren drei Senioren im Alter über 65 kommen. Die Fertilitätsrate hingegen liegt bei 1,46 Kindern pro gebärfähiger Frau.“ Die Bevölkerungszahl würde von heute 127,3 auf 94,6 Millionen zurückgehen. „Die Prognosen und Entwicklungen sind besorgniserregend, und die demografische Krise hat schon jetzt erhebliche Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und soziale Aspekte.“ Mit der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung geht zudem die Altersarmut einher. Außerdem ist eine der Folgen, trotz zurückgehender Kriminalitätsquote, die

steigende Zahl krimineller Rentner. Sie hat sich seit 2001 versechsfacht. Bei 16 Prozent aller polizeilichen Ermittlungen stehen Rentner im Mittelpunkt.

Eines der zahlreichen Symptome einer alternden Gesellschaft sei aber auch der chronische Arbeitskräftemangel, betonen die Autoren der Studie. Zunehmend stelle deshalb gerade die fertige Industrie, die einst Motor der japanischen Industrie war, wieder betagte Arbeiter ein. Damit werde der Beweis erbracht, „dass Menschen im Rentenalter durchaus erfolgreich in den japanischen Arbeitsmarkt integriert werden können“.

Fazit: Japan braucht einen wirtschaftlichen Aufschwung, „um jungen Paaren positive ökonomische Aussichten für die Zukunft und ihr Privatleben zu verschaffen, damit diese wieder Kinder bekommen“.

ric

### IMPRESSUM

#### Herausgeber und

#### Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,  
Haus der Begegnung Schwerin,  
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,  
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,  
Fax: (0385) 5 55 89 61  
E-Mail: [lsb@landesseniorenbeirat-mv.de](mailto:lsb@landesseniorenbeirat-mv.de)  
[www.landesseniorenbeirat-mv.de](http://www.landesseniorenbeirat-mv.de)

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich  
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit,  
Gleichstellung und Soziales Mecklen-  
burg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht  
mit der Meinung der Redaktion überein-  
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe  
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
15. Februar 2019; Redaktionsschluss für  
Nr. 2/2019: 15. Mai 2019

## Nachdenkenswertes

Dass die Herzen mancher Greise –  
wohl ganz seltsamer Weise –  
ungeheuer  
schnell ins Feuer  
oft geraten, wenn sie schauen  
schöne Mädchen oder Frauen,  
schneller als bei Jungen dies mitunter  
vorkommen pflegt – nimmt mich nicht wunder;  
denn das grüne Holz ist ja viel nasser,  
und das dürre brennt drum immer besser.

Aus den „Fliegenden Blättern“,  
die als humorvoll-satirische Zeitschrift  
von 1845 bis 1928 in München erschienen



**Informieren Sie sich.  
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege  
Kurzzeitpflege  
Verhinderungspflege  
Urlaubspflege  
Betreutes Wohnen  
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegegraden.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.



**Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin**

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

[www.wohnpark-zippendorf.de](http://www.wohnpark-zippendorf.de)